

## **9 Dringliche Anträge**

### **9.1 Jeden Mittwoch ist Veggie-Day (GR Kreiner, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> Kreiner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Gemeinderatskollegen, liebe Zuhörer auf der Tribüne. Mein Antrag betrifft „Jeden Mittwoch ist Veggie-Day“. Der eine oder andere hat sicher schon davon gelesen oder auch schon davon gehört, und für mich es ein sehr wichtiger Antrag, weil mir das eigentlich immer schon irgendwie bewusst oder ein Anliegen war, in diese Richtung etwas zu machen und ich freue mich jetzt ganz besonders, heute hier einbringen zu dürfen. Eine Grundvoraussetzung für einen nachhaltigen und urbanen Lebensraum sind die BürgerInnen selbst und mit vielen kleinen Handlungen im Alltag kann jeder von uns die Zukunft positiv gestalten. Es geht um den Erhalt unseren Planeten, aber auch um einen sorgsamem Umgang mit Ressourcen. Die Einführung des vegetarischen Mittwochs (*Bgm. Nagl betätigt die Ordnungsglocke*) ist eine gute Gelegenheit, eingefahrene Ernährungs- und Konsumgewohnheiten zu überdenken und positive Impulse für die Zukunft zu geben. Essen ist ein sehr emotional besetztes, aber auch ein sehr privates Thema und verursacht leider auch sehr viele öffentliche Kosten. Mit der Ernährung legt man die Basis für die Gesundheit, aber eben auch für Zivilisationskrankheiten. Zu viel Fleisch ist ungesund, schädigt den Kreislauf und das Herz und kann auch ein Mitverursacher von Krebs sein. Unsere Kinder essen lieber Burger statt Gemüse und werden immer dicker. Discounter verkaufen lieber künstlich aromatisierte und chemisch angereicherte Fertigprodukte. Die Kochkultur kommt schon in vielen Haushalten nur noch reduziert vor. Für diesen weltweiten wachsenden Fleischbedarf werden CO<sub>2</sub> absorbierende Regenwälder abgeholzt, um Weideland für Rinderherden und Anbauflächen für Futtermittel zu schaffen. Weniger Fleisch zu essen, erspart CO<sub>2</sub> und schont langfristig Ressourcen: Regenwälder, Wasser, Ackerflächen, aber auch Futtermittel und fossile Energie für deren Transport. Für ein Kilogramm Rindfleisch, man glaubt es kaum, ich habe es selber nicht gewusst, dass

man so viel Wasser dafür benötigt, 15.000 Liter Wasser, dazu kommen 15 Kilogramm Futtermittel und natürlich auch Düngemittel, Pestizide, aber auch Hormone. Die Österreicher essen im Schnitt 65 kg Fleisch pro Jahr. Ernährungswissenschaftler empfehlen allerdings eigentlich die Hälfte davon, also wenn wir 32 kg Fleisch im Jahr verzehren würden, wäre das eigentlich diese Menge, die empfohlen wird. Derzeit ist es aber leider doppelt so viel. Wenn wir alleine in Graz mit ca. 300.000 Einwohnern an einem Tag in der Woche auf Fleisch verzichten würden, könnten wir 20.000 Tonnen Fleisch im Jahr einsparen und das würde weiterhin bedeuten, dass auch 300 Millionen Liter Wasser weniger verbraucht werden. Dieser Fleischverzicht würde aber auch zur Folge haben, dass wir nicht nur die Bauern mit der Massentierhaltung unter Druck bringen, sondern diese sich auf eine gesunde Schweine- und Rinderzucht konzentrieren könnten und auch die nicht fleischproduzierende Landwirtschaft könnte stärker davon profitieren. Wenn wir die Grazerinnen und Grazer davon überzeugen, dass Sie sich am Mittwoch diesem Veggie-Day anschließen, dann könnten wir die ganze Dynamik auch auf Österreich übertragen und das würde dann auch die Zahlen in Österreich komplett verändern.

Als Beispiel, wenn wir 300.000 BürgerInnen der Stadt Graz einmal in der Woche gänzlich auf Fleisch verzichten, würde das eine CO<sub>2</sub>-Emmissionsersparnis von 22.500 Autos im Jahr bedeuten. Also wir möchten diese Initiative setzen, weil es uns darum geht, dass beim Essen genauer hingesehen werden soll und wir wollen uns natürlich auch auf regionale Produkte besinnen. Damit wir nicht nur die persönliche CO<sub>2</sub>-Bilanz jedes Einzelnen verbessern, sondern auch unseren Klimabeitrag leisten, der überdies über regionale Grenzen hinaus eine Vorbildwirkung hätte. Wir wollen niemandem seine Essgewohnheiten vorschreiben, das ist mir an dieser Stelle ganz wichtig, auch zu sagen. Aber wir wollen die Menschen dazu bewegen nachzudenken. Eine Rückbesinnung auf regionale und saisonale Produkte ist seit längerem zu erkennen und diese wollen wir fördern. Diesen Weg wollen wir auf jeden Fall unterstützen, dabei möglichst biologisch erzeugte Lebensmittel zu verwenden, sehe ich als Selbstverständlichkeit.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**dringlichen Antrag:**

Die Stadt Graz wird zur Unterstützung der Umsetzung der Initiative „Jeden Mittwoch ist Veggie-Day“ aufgefordert und folgende Vorschläge sollen von den zuständigen Abteilungen geprüft werden:

1. Im Haus Graz in den stadteigenen Kantinen und bei Empfängen wird mittwochs besonderes Augenmerk auf vegetarische Kost gelegt.
2. Am Mittwoch sollen in den Kindergärten, Horten und Ganztagschulen vegetarische Speisen in den Mittelpunkt gestellt werden.
3. Die Stadt Graz wird aufgefordert, an Firmen heranzutreten, die z. Bsp. eine Mitarbeiterkantine haben, dass auch diese am Mittwoch vegetarische Speisen forcieren.
4. Die Stadt Graz soll mit der Hotellerie und Gastronomie in Kontakt treten und die Möglichkeit einer Umstellung auf einen Veggie-Day am Mittwoch erörtern.
5. Die Stadt Graz möge eine Website für einen Veggie-Day einrichten, auf welcher beispielsweise folgende Informationen zu finden sind: Pro und Contra, Rezepte, Klimabilanz, aber auch vielleicht ein CO<sub>2</sub>-Rechner.

Ich danke (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Eine Grundvoraussetzung eines nachhaltigen, urbanen Lebensraums sind die BürgerInnen selbst. Mit vielen kleinen Handlungen im Alltag kann jeder von uns zu einer positiven Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder beitragen. Um unseren Planeten Erde zu erhalten, ist ein sorgsamer Umgang mit unseren Ressourcen wichtig. Die Einführung eines vegetarischen Mittwochs ist eine gute Gelegenheit, eingefahrene Ernährungs- und Konsumgewohnheiten zu überdenken und positive Impulse für Veränderung zu geben. Essen ist ein emotional besetztes, und auch ein sehr privates Thema, das jedoch enorme öffentliche Kosten erzeugt. Mit der Ernährung legt man die Basis für die Gesundheit bzw. eben auch für Zivilisationskrankheiten. Zu viel Fleisch ist*

*ungesund, schädigt Herz und Kreislauf und kann auch ein Mitverursacher von Krebs sein. Unsere Kinder essen lieber Burger statt Gemüse und werden immer dicker. Discounter verkaufen lieber künstlich aromatisierte und chemisch angereicherte Fertigprodukte. Die Kochkultur kommt heute schon in vielen Haushalten nur noch reduziert vor. Für den weltweit wachsenden Fleischbedarf werden CO<sub>2</sub>-absorbierende Regenwälder abgeholzt, um Weideland für Rinderherden und Anbauflächen für Futtermittel zu schaffen.*

*Weniger Fleisch zu essen spart CO<sub>2</sub> und schont langfristig Ressourcen: Regenwälder, Wasser, Ackerflächen für Futtermittel und fossile Energie für deren Transporte. Für ein Kilogramm Rindfleisch benötigt man 15.000 Liter Wasser, 15 Kilogramm Futtermittel, Düngemittel, Pestizide und Hormone. Wir Österreicher essen im Schnitt 65 kg Fleisch pro Jahr. Ernährungswissenschaftler empfehlen max. 300 bis 600 Gramm Fleisch- bzw. Wurstwaren pro Woche, um das Risiko einer Herz-Kreislauf-Erkrankung zu mindern sowie 5 x täglich Obst und Gemüse für eine gesunde und ausgewogene Ernährung.*

*Wenn wir von 300.000 Einwohnern in Graz ausgehen, bedeutet dies, dass wir Grazerinnen und Grazer im Jahr knapp 20.000 Tonnen Fleisch essen. Das bedeutet weiter, dass für die Produktion ca. 300 Millionen Liter Wasser verbraucht werden. Wenn wir nur einen Tag in der Woche freiwillig auf Fleisch verzichten, dann würde dies pro Jahr eine Wassereinsparung von mehr als 40 Millionen Litern und einen verminderten Fleischkonsum von 2,8 Millionen Tonnen bedeuten.*

*Der Fleischverzicht würde auch zur Folge haben, dass wir die Bauern nicht mit Massentierhaltung unter Druck bringen, sondern diese sich auf eine gesunde Schweine- und Rinderzucht konzentrieren könnten bzw. auch die nicht Fleisch produzierende Landwirtschaft stärker profitieren könnte.*

*Wenn wir die Grazerinnen und Grazer überzeugen können, dass Sie am Mittwoch einen Veggie-Day einlegen – und wir könnten diese Dynamik auf ganz Österreich übertragen – dann würde das in Zahlen Folgendes bedeuteten:*

*Fleischkonsum/Wasserverbrauch in Österreich (8 Mio. Einwohner) ohne Veggie-Day*

*520.000 Tonnen Fleisch*

*7.800.000.000 Liter Wasser*

*Fleischkonsum/Wasserverbrauch in Österreich mit Veggie-Day:*

*446.000 Tonnen Fleisch*

*6.690.000.000 Liter Wasser*

*Ersparnis an Fleisch und Wasser:*

*74.000 Tonnen Fleisch*

*110.000.000 Liter Wasser*

*Wenn uns der Veggie-Mittwoch in Graz gelingt und die GrazerInnen sich uns anschließen, dann würde sich der CO<sub>2</sub>-Austoß massiv verringern. Dafür folgende Rechnung:*

*Wenn rund 300.000 BürgerInnen der Stadt Graz einmal in der Woche gänzlich auf Fleisch und Wurstwaren verzichten, bedeutet das die Ersparnis der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 22.500 Autos im Jahr. Fleisch hat eine schlechte Klimabilanz, Gemüse eine deutlich bessere. Das heißt aber nicht, dass mit erhobenem Zeigefinger gegen den Fleischkonsum gewettert werden soll. Wir möchten diese Initiative setzen, weil es uns darum geht, dass wir beim Essen genauer hinsehen, uns auf regionale Produkte besinnen wollen und zum Beispiel am Mittwoch oder an einem anderen Tag der Woche auf z.B. Steak, Schnitzel, Wurst und Schinken verzichten. Damit können wir nicht nur die persönliche CO<sub>2</sub>-Bilanz jedes Einzelnen verbessern, sondern auch unseren Klimabeitrag leisten, der überdies über regionale Grenzen hinaus eine Vorbildwirkung hätte.*

*Wir wollen niemandem seine Essgewohnheiten vorschreiben und niemanden dazu verpflichten. Wir wollen die GrazerInnen davon überzeugen, dass wir mit dieser Initiative und dieser kleinen Veränderung viele positive Nebeneffekte erzeugen können.*

*Eine Rückbesinnung auf regionale und saisonale Produkte ist seit längerem zu erkennen und fördert die kulinarische Philosophie der kurzen Wege und ist zugleich klimaschützend, gesundheitsfördernd und nachhaltig.*

*Einen Veggie-Day ins Leben zu rufen, ist die eine Sache, diesen regelmäßig umzusetzen, ist eine andere. Es braucht die Mithilfe von uns allen. Aber auch die Mithilfe von den Unternehmen, von den Lebensmittelhändlern, von den Gastronomen, von den Landwirten und von vielen Institutionen, damit der Veggie-Day am Mittwoch zu einer festen Einrichtung bzw. Bewegung wird.*

*Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden dringlichen Antrag:*

*Die Stadt Graz wird zur Unterstützung der Umsetzung der Initiative „Jeden Mittwoch ist Veggie-Day“ aufgefordert. Folgende Vorschläge sollen von den zuständigen Abteilungen geprüft werden:*

- 1) Im Haus Graz, in den stadteigenen Kantinen und bei Empfängen wird mittwochs besonderes Augenmerk auf vegetarische Kost gelegt.*
- 2) Am Mittwoch sollen in den Kindergärten, Horten und Ganztagschulen vegetarische Speisen in den Mittelpunkt gestellt werden.*
- 3) Die Stadt Graz wird aufgefordert, an Firmen heranzutreten, die z.B. eine Mitarbeiterkantine haben, dass auch diese am Mittwoch vegetarische Speisen forcieren.*
- 4) Die Stadt Graz soll mit der Hotellerie und Gastronomie in Kontakt treten und die Möglichkeit einer Umstellung auf einen Veggie-Day am Mittwoch erörtern.*
- 5) Die Stadt Graz möge eine Website für den Veggie-Day einrichten, auf welcher beispielsweise folgende Informationen zu finden sind: Pro und Contra, Rezepte, Klimabilanz, CO2-Rechner.*

**GR Fabisch:**

Werter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, gedankt wurde heute schon kräftig. Das hat sicher mit der historischen Ausstellung über Tankstellen zu tun. Die erste bekanntlicherweise war am Jakominiplatz 1924. Auch ich möchte mich dem Dank anschließen. Marion Kreiner weiß natürlich als Spitzensportlerin, wie wichtig gesunde Ernährung ist. Ich möchte mich bei Christina Jahn von den Grünen bedanken, die schon 2011 hier einen Antrag gestellt hat, von uns natürlich gibt es Zustimmung, das ist klar. Wenn man den Antragstext genau anschaut, steht drinnen, Vegetarisches zu forcieren, in den Mittelpunkt stellen. Das finde ich sehr vernünftig. Wobei wir natürlich ersuchen, ich glaube, so ist der Antragstext zu verstehen, dass Vegetarisches in den Mittelpunkt gestellt werden soll, aber Alternativen bitte nicht ausgeklammert werden sollen. Wie Sie wissen, sind Kinder, aber auch Ältere manchmal vor dem Essteller vor große Probleme gestellt und haben einen sehr speziellen Blick auf ihr Essen, vegetarische Angebote könnten jeden Tag forciert werden, aber bitte auch andere Speisen nicht deswegen zu streichen. Daher muss dieser Weg „Veggie-Day“ nicht unbedingt nur am Mittwoch sein, vegetarisch kann immer verstärkt von uns angeboten werden, natürlich Zustimmung. Nicht ganz außer Acht lassen möchte ich, weil es uns grundsätzlich wichtig ist, vielleicht noch eine letzte Bemerkung: Gesunde Ernährung für die Menschen ist ja nicht nur ein Problem des Einzelnen, sondern ein gesamtgesellschaftliches. Gesunde Ernährung muss man sich schlicht auch leisten können. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, liebe Marion. Wir haben etwas ausgegraben und zwar war das unser Folder aus dem Jahre 2011 „Jeder Donnerstag ist Veggie Day“. Ich glaube, Sie können sich erinnern, Herr Bürgermeister (*Allgem. Appl.*). Ich habe überhaupt ein bisschen den Verdacht, ich gebe Ihnen den auch gerne zur Erinnerung, falls Sie ihn nicht mehr haben, wobei ich den Verdacht habe, dass Sie ihn eh haben. Weil ich habe dann auch

unsere Forderungen von damals gelesen, ich möchte sie kurz vortragen: Die Rolle der Stadt Graz Kantinen: Kindergärten und Schulen werden zum Mitmachen eingeladen und servieren einen Tag fleischloses Essen. Restaurants werden ermuntert, viel mehr vegetarische Gerichte als jetzt, auf die Speise zu setzen. Die Stadt hat auf ihrer Homepage den Veggie-Day zu bewerben usw. und auch Firmen und Unternehmen werden kontaktiert, damit auch sie in ihren Betriebskantinen den Donnerstag zum Veggie-Day machen.

*Zwischenruf Bgm. Nagl: Warum genau Donnerstag?*

**Pavlovec-Meixner:**

Vielleicht lag es am Donnerstag? Ich gebe Ihnen das gleich zur Erinnerung. Wir freuen uns natürlich sehr, dass es jetzt diesen dringlichen Antrag gibt für einen Veggie-Day in Graz. Ich finde auch, dass es im Motiventext sehr gut dargestellt wurde, wie viele positive Effekte ein Veggie-Day für unsere Gesundheit aber auch für das Klima hätte und es geht im Motiventext auch sehr stark um regionale und saisonale Produkte und weil das in dem Antragstext aber nicht so abgebildet war, haben wir einen Zusatzantrag, den ich seitens der Grünen einbringen möchte. Und zwar lautet der

**Zusatzantrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen,

1. die zuständigen Abteilungen mögen in ihren Gesprächen zur Einführung eines Veggie-Day mit den Kantinen, Kindergärten, Schulen, Betrieben und Gastronomieunternehmen usw. anregen, dass im Rahmen der Umsetzung des Veggie-Day regional erzeugte und saisonal verfügbare Lebensmittel bevorzugt angeboten werden und



2. weiters mögen die genannten Unternehmen motiviert werden, nach Möglichkeit biologisch erzeugte Lebensmittel zu verarbeiten.

Wir würden uns freuen, wenn dieser Zusatzantrag im Gemeinderat Zustimmung findet.

Danke (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des Zusatzantrages:*

*Natürlich ist es sehr begrüßenswert, dass die Grazerinnen und Grazer für einen „Veggie-Day“ begeistert werden sollen. Wie im Motiventext sehr gut dargestellt wurde, bringt dies viele positive Effekte für unsere Gesundheit und das Klima. Im Motiventext wird auch auf die „Rückbesinnung auf regionale und saisonale Produkte“ hingewiesen, allerdings fehlt dieser sowohl aus Sicht der regionalen ProduzentInnen als auch des Klimaeffekts und der Nachhaltigkeit wichtige Punkt im Antragstext. Weiters wäre es zielführend, auch einen möglichst hohen Anteil an biologisch erzeugten Lebensmitteln anzustreben.*

*Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden Zusatzantrag:*

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen,*

- 2.) *die zuständigen Abteilungen mögen in ihren Gesprächen zur Einführung eines Veggie-Day mit den Kantinen, Kindergärten, Schulen, Betrieben und Gastronomie-Unternehmen usw. anregen, dass im Rahmen der Umsetzung des Veggie-Day regional erzeugte und saisonal verfügbare Lebensmittel bevorzugt angeboten werden sollen.*
- 3.) *Weiters mögen die genannten Unternehmen motiviert werden, nach Möglichkeit biologisch erzeugte Lebensmittel zu verarbeiten.*

**GR Ehmann:**

Ehmann und Veggie-Day passt gut (*lacht*). Geschätzte Damen und Herren, Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, aber auch auf der Galerie. Ja, wir werden diesen Antrag auch unterstützen, wenn man grundsätzlich eine Sensibilisierung in diesem Bereich natürlich befürworten. Die Frage ist für mich nur, wenn man sich das anschaut, dass es jetzt schon viele Alternativen gibt im Speisenplan, selbst in öffentlichen Schulen, in Einrichtungen, in Kindergärten, Kinderbetreuung, Ganztagsbetreuung etc. dann passiert das ja schon. Vielleicht zu wenig Sensibilisierung, ja, das mag sein. Aber da habe ich ein bisschen den Eindruck jetzt mit dem Veggie-Day, auch wenn das vielleicht übernommen wurde aus einer früheren Grünenforderung, aber ein bisschen habe ich schon den Eindruck, startend mit dem Parteitag der ÖVP und dann mit der Kampagne bei den Haltestellen, die wir da überall bewundern können in der unendlichen Güte und Weisheit und dann letztendlich hier im Gemeinderat wiederfindend dann den Antrag, quasi die ÖVP-Kampagne zukünftig öffentlich zu finanzieren. Nämlich nicht über die Parteiförderung und über die Clubförderung, sondern über städtische Mitten, weil letztendlich die Homepagebetreuung/Webseitenerstellung etc. wird ja zukünftig über die Stadt finanziert logischerweise, weil das wird ja nicht die ÖVP zahlen. Also das ist ein bisschen das, was ich da Sorge habe, dass das ein bisschen da vermengt wurde und vermischt wurde und dass man das schon bewusst quasi überträgt und quasi hier in die städtischen Kampagnen bringt. Aber wie gesagt, dem Inhalt tut das nichts ab, den Inhalt finde ich sinnvoll. Das ist nur eine kritische Anmerkung von mir bzw. von uns diesbezüglich, aber wir werden natürlich aufgrund der Sinnhaftigkeit des Antrages selbst, weil man das sachlich sehen und das haben wir auch sachlich zu bewerten, da muss ich sagen, stimmen wir dem zu (*Allgem. Appl.*).

**Bgm. Nagl:**

Der Klubobmann hört das Gras wachsen, unglaublich. Ich freue mich ja und wenn mich nicht alles täuscht, wann war das, 2011? Ich glaube, dass das einer der Gründe war,

wieso wir damals zu einer engeren Zusammenarbeit gekommen sind (*lautes Lachen im Gemeinderatssaal*). Das ist ja auch nicht meine Erfindung, ihr habt es damals auch draufgeschrieben, es ist in vielen Städten einfach so, dass Bürgermeisterinnen, vor allem Bürgermeister aufgerufen haben und gesagt haben, machen wir eine richtige Kampagne daraus, die in manchen Städten soweit geführt hat, dass mittlerweile das zu einem Tourismusmagneten geworden ist. Weil wenn sich alle wirklich daran beteiligen, wenn die Gastronomie aufspringt, ich habe eine große Freude, weil ich bekomme jetzt jeden Tag von diversen Lokalen diese Erklärung, dass sie mitmachen wollen, dann bedeutet das, dass Menschen auch aus dem Umland sagen, an dem Tag fahren wir rein, weil es gibt eine besonders große und geschmackliche Vielfalt und es kann auch, wenn ich so sagen darf, durchaus unsere Stadt touristisch beleben, was auch noch schön ist. Aber in erster Linie geht es natürlich um das, was in dem Stück auch drinnen steht. Wenn wir hier länger die Debatten führen betreffend die Gesundheit unserer Kinder, umso wichtiger wird es. Wenn mir heute viele aus dem Immobilienbereich sagen, dass die Küche gar nicht mehr so wichtig ist, sondern nur mehr die Mikrowelle wirklich in der Wohnung sein soll, damit man was aufwärmen kann, dann glaube ich, ist es schon wichtig, dass wir das auch wieder zu einem gemeinsamen politischen Anliegen machen. Und keine Sorge, es ist ein echtes Anliegen. Ich habe auch persönlich, wie ich es auch am Parteitag gesagt habe, in den letzten Jahren gemerkt, dass man an seiner Gesundheit arbeiten muss und deswegen unterstütze ich den Antrag, der heute eingebracht wurde von Marion Kreiner, aus vollstem Herzen. Ich glaube, da kann uns etwas gemeinsam gelingen, mittun müssen alle. Ich habe nicht den Donnerstag ausgesucht, sondern als christlich-sozialer habe ich den Mittwoch ausgesucht, weil der Mittwoch und der Freitag ja schon von Benedikt von Nursia vor 1.500 Jahren niedergeschrieben wurde in der Klosterregel. Mittwoch und Freitag. Mittwoch haben wir schon gestrichen, Freitag ist es dann doch zum gebackenen Fisch mit Mayonnaise geworden. Aber in Summe wissen wir auch, dass gerade im Moment bei den Krebserkrankungen die Debatte stark ausgesprochen ist, inwieweit wir zwischendurch fasten, inwieweit wir unserem Körper Gelegenheit geben, dass auch die

Zellerneuerung und die Zellreparatur im Körper möglich ist. In diesem Sinne bitte auch um die Annahme (*Allgem. Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werte Zuhörer, liebe Antragstellerin. Das parteipolitische Geplänkel finde ich bei so einem wichtigen Thema eher unangebracht. Also danke für diesen wichtigen Antrag und dass wieder einmal über dieses wichtige Thema gesprochen wird. Wir können alle Argumente, die du in deinem Motivenbericht angeführt hast, unterstreichen. Der gesundheitliche Aspekt ist extrem wichtig, deshalb fände ich es auch wichtig, dass der Veggie-Day in die Kindergärten und in die Schulen, in die Ganztagsbetreuung kommt, dass mit den Kindern natürlich auch darüber gesprochen wird, dass sie einfach von Anfang an lernen, dass ein schmackhaftes Essen nicht unbedingt Fleisch benötigt. Die extrem schlechte Klimabilanz hast du ja schon erwähnt, abgesehen vom extrem Wasserverbrauch werden auch fünf Kilogramm Getreide verbraucht, um ein Kilogramm Fleisch zu produzieren. Ich möchte auch noch ganz kurz den Tierschutzgedanken erwähnen. Eben nicht nur die Massentierhaltung, sondern auch die unsäglichen Lebetiertransporte, die sicher drastisch zurückgehen würden, würde in der EU weniger Fleisch gegessen werden. Und deshalb ist uns die Rückbesinnung zu regionalen und saisonalen Produkten sehr wichtig. Das spiegelt sich ja auch in der Politik und der Arbeit vom Bürgermeister-Stellvertreter wider. Er ist ja für die Grazer Bauernmärkte verantwortlich und investiert heuer sehr viel Geld in die Aufwertung dieser Bauernmärkte (*Allgem. Appl.*). Es ist ihm ein sehr großes Anliegen, dass die Wertschöpfung eben vor Ort bleibt, dass die Wertschöpfung bei den bäuerlichen Familienbetrieben bleibt und dass es sich um kurze Warenwege handelt. Deshalb von uns ein klares Ja zu diesem Antrag der ÖVP und auch ein Ja zum Zusatzantrag von der Kollegin Pavlovec-Meixner (*Allgem. Appl.*).

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

StR **Krotzer** zum Inhalt:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, des Gemeinderates und werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Vielen Dank an Marion Kreiner für diesen Antrag zum Thema „Jeden Mittwoch ist Veggie-Day“ und die Möglichkeit auch der Debatte. Es steht hier im Motivenbericht vor allem die Klima- und Umweltthematik im Vordergrund. Klarerweise ist natürlich bei der Thematik der fleischreduzierten Ernährung auch der gesundheitliche Aspekt ein ganz enormer und deswegen erlaube ich mir hier noch ein paar ergänzende Ausführungen. Und natürlich ist jeder individuelle Beitrag und jedes individuelle Gesundheitsverhalten, jedes positive jedenfalls, begrüßenswert. Es gibt deswegen auch seitens des Gesundheitsamtes der Stadt Graz seit vielen Jahren zum Glück auch das Angebot der kostenlosen Ernährungsberatung, sowohl individuell als auch für Gruppen. Es ist aber natürlich auch wichtig, dass wir, wenn wir über das Thema Gesundheit sprechen, nicht nur das Verhalten berücksichtigen, sondern wir auch einen genauen Blick auf die Verhältnisse werfen. Das sage ich auch im Hinblick insbesondere auf das Gesundheitsjahr, das ja der Herr Bürgermeister ausgerufen hat. Ich darf in dem Zusammenhang auch hier noch einmal das Angebot, das ich ja schon kommuniziert habe von meiner Seite, wie auch des Gesundheitsamtes erneuern, dass wir natürlich interessiert sind, hier mitzuwirken und ich glaube, dass hier auch wichtig ist, in diesem Gesundheitsjahr den Gesundheitsbegriff sehr weit zu denken, auch im Sinne dessen, wie er ja von der Weltgesundheitsorganisation WHO gefasst ist, nämlich als Zitat: Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens, und nicht nur des Fehlens von Krankheit oder Gebrechens. Ergänzend dazu auch aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, wo es heißt: Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Versorgung und notwendiger sozialer Leistungen. Also es ist hier Gesundheit und soziale Sicherheit, soziale Absicherung auf das Engste verknüpft, ebenso stellt sich das auch im Gesundheitsleitbild der Stadt Graz dar, das ja vom Gemeinderat einstimmig beschlossen worden ist. Um das zu untermauern, wie eng diese Faktoren

zusammenhängen, sehen wir auch, wenn wir mittlerweile anschauen, dass die Schere zwischen Arm und Reich auch im Hinblick auf die Lebenserwartung sehr deutlich auseinandergeht. Es ist so, dass Menschen, die längere Zeit in Armut leben, bis zu zwölf Jahre früher sterben als der Rest der Bevölkerung. Und das, wenn noch Interesse besteht, aber es ist eine so gute Rede, die von der Journalistin Elfriede Hammerl anlässlich der Verleihung des SALUS 2018 des Steirischen Qualitätssicherungspreises gehalten worden ist, dass ich mir erlaube, hier auch ein paar Auszüge zu zitieren. Und sie hat hier gesagt: Es muss nämlich laut und deutlich gesagt werden, Gesundheit ist eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Der gerechten Verteilung von Chancen und Ressourcen, von Geld und Arbeit. Es hat sich fatalerweise die Ansicht etabliert, dass Gesundheit nur vom individuellen Bemühen um eine gesunde Lebensweise des oder der Einzelnen abhängt, weswegen Krankheit im weiteren Sinne selbst verschuldet sei. Das ist schlicht und einfach, sagt Elfriede Hammerl, falsch.

Krankheit ist keine Strafe, die wir abbüßen müssen, weil wir unartig waren. Prävention ist gut und nützlich, aber nicht alle haben die gleiche Chance auf einen gesunden Lebensstil. Ein gesunder Lebensstil kostet Geld und Zeit. Wer an Hauptverkehrsstraßen wohnt, womöglich in einer feuchten Wohnung, wer abends todmüde spät in das Bett fällt und morgens früh heraus muss, wer keine Zeit hat, in Ruhe zu essen und zuwenig für gesunde Lebensmittel hat, für den sind Spaziergänge in frischer Luft, elaboriertes Kochen, geruhsame Mahlzeiten und Einkäufe nach den Grundsätzen bewusster Ernährung in einer anderen Welt. Freiwilliger Verzicht macht stolz, unfreiwilliger demütig. Es mag Kräuterstreichkäse zwar billiger sein als Trinkpäckchen insgesamt, jedoch sind ungesunde Lebensmittel leider oft kostengünstiger als gesunde. Am deutlichsten wird dieser Unterschied beim Fleisch, aber auch die Fertigpizza ist eine ökonomisch verständliche Wahl. Schon gar, wenn man die wegfallende Arbeitszeit in Rechnung nimmt. Es geht hier nur weiter, es werden hier viele Punkte angesprochen. Ich glaube, dass das auch sehr wichtig ist, dass wir das auch in das Gesundheitsjahr mitnehmen, dass wir nicht nur das individuelle Verhalten berücksichtigen müssen, sondern insbesondere auch die gesellschaftlichen Verhältnisse. Verhältnisse, die eben auch krank machen können (*Allgem. Appl.*).

**Kreiner:**

Ich danke allen für die Unterstützung. Lieber Michi Ehmann, ja, es wird bereits teilweise umgesetzt, das stimmt. Mir ist aber hier eben das ein Anliegen, einfach noch mehr zu sensibilisieren, noch mehr Menschen dafür zu gewinnen und vor allem ihnen die Möglichkeit zu bieten, eben auch ihren Beitrag zu leisten. Die hauseigenen Betriebe der Holding und auch einige Gastronomen unterstützen das Vorhaben ja bereits. Ich möchte einfach erste Anreize setzen, nach oben hin sind natürlich keine Grenzen gesetzt, also wer auch dann den Donnerstag noch dazunehmen möchte und auch den Montag vielleicht, alle sind herzlich eingeladen. Der Antrag der Grünen, das war mir bekannt, ist mir im Laufe meiner Tätigkeit kurz erklärt worden, dass das schon einmal gegeben hat. Umso mehr freut es mich jetzt natürlich, dass er jetzt auch umgesetzt wird. Ich danke, wie gesagt, für die Unterstützung und freue mich auf den nächsten Mittwoch fleischlos (*Allgem. Appl.*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.***

***Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (14.37 Uhr).***

**9.2 Diabetes Nanny für Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen  
(GR<sup>in</sup> Heinrichs, KPÖ)**

GR<sup>in</sup> **Heinrichs:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Damen und Herren, in diesem Dringlichen, der als Petition an das Land Steiermark gehen soll, geht es um die Diabetes-Nanny für Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen. In Fällen nämlich chronischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen sind deren Eltern, aber auch LehrerInnen und Betreuungspersonen besonders gefordert. In Österreich sind mehr als 190.000 Kinder und Jugendliche durch chronische Erkrankungen wie Asthma, Allergien, Diabetes, Epilepsie und Rheuma betroffen. Für Eltern gibt es zwar die Möglichkeit, eine professionelle Kinderkrankenpflegehilfe für ihr Kind für die entsprechende Betreuungseinrichtung zu beauftragen. Dies ist jedoch mit erheblichen Kosten verbunden. Gewisse Hilfen stehen den angesprochenen Eltern über zuständige Referate in Stadt und Land oder auch über Versicherung und Vereine, jetzt meine ich nicht Krankenversicherungen, z. Bsp. KIB, child care, zur Verfügung, dennoch bleiben verschiedene Hürden. Vor allem stellt sich die Suche nach einem Krippen- oder Kindergartenplatz als äußerst schwierig heraus. Das Betreuungspersonal schreckt oft bei der Aufnahme von Kindern mit chronischen Erkrankungen davor zurück. Die Befürchtung vor einem zu großen Mehraufwand sowie die zusätzlich notwendigen Ausbildungen für das Personal sind mit den meist knappen personellen Ressourcen in der Regel schwer vereinbar. Das Betreuungspersonal ist zudem mit einer hohen Verantwortung und der ungeklärten Haftungsfrage bei der Handhabung von Hilfsmitteln bzw. Verabreichung von Medikamenten bei chronisch kranken Kindern konfrontiert. Im Gegensatz zur Rechtslage bei Kinderkrippen und Kindergärten übernimmt für Lehrerinnen und Lehrer seit 2017 bereits der Bund die Haftung. Nachdem das Steiermärkische Behindertengesetz im Fall chronischer Erkrankungen nicht angewendet werden kann, decken die Referate der Stadt und des Landes Steiermark die erheblichen Betreuungskosten für zusätzliches und geschultes Personal nicht ab. Notwendig, damit nämlich die Kosten durch Stadt und Land abgedeckt werden können, ist die Erlangung des Behindertenstatuts der Kleinen chronisch kranken PatientInnen, die nur durch Zweit- und Dritt Diagnosen erlangt werden kann. Das bedeutet für Eltern umfangreiche Erstanträge und sozusagen einen



Behördendschungel. Es ist also eine Frage des guten Willens der Betreuungskräfte gegenüber den Eltern, ob ihre Schützlinge überhaupt einen Betreuungsplatz erhalten. Eine gewünschte örtliche Nähe der Betreuungseinrichtung zum Wohnort oder Arbeitsplatz der Eltern, damit man im Notfall schnell bei seinem Kind sein kann, gilt als sehr unwahrscheinlich. Und die BetreuerInnen werden von Stadt und Land mit ihrer großen Verantwortung alleine gelassen. Wie sieht die Situation in Graz nun am Beispiel der chronischen Erkrankung Typ 1 Diabetes aus? Frau Doz. Dr. Fröhlich-Reiterer betreut an der Allgemeinen Pädiatrie, MedUni Graz, derzeit c a. 35 Kinder unter sechs Jahren, die in Kindergärten oder Krippen unterstützt werden müssen. Sie ist auch zuständig für die Einschulung der Betreuer und BetreuerInnen. Da besonders die Krippen noch nicht für chronisch kranke Kinder ausgelegt sind, der Bedarf aber jedenfalls gegeben ist, spricht sich auch Frau Dr. Fröhlich-Reiterer für das neue Berufsbild der „Diabetes-Nanny“ aus. Die dazu erforderlichen Qualifikationen wären: diplomierte Kinderkrankenschwester bzw. –pfleger mit der Zusatzausbildung Diabetes Care, das ist ein medizinischer Universitätslehrgang, und einer Einschulung durch medizinisch qualifizierte Experten und Expertinnen. Es besteht außerdem der dringende Wunsch nach öffentlicher Finanzierung durch das Land und die Krankenkassen sowie nach fixen Finanzierungsverträgen, wie es beispielsweise in Salzburg, Tirol oder in Wien, da gibt es zwei Systeme, bereits gegeben ist. Der ÖGKV, der Österreichische Gesundheits- und Krankenpflegeverband, fordert seit längerem die Ausbildung zur „School Nurse“, wie sie bereits in Skandinavien aber auch in England und USA angeboten wird. Da es in Österreich einen massiven allgemeinen Mangel, das ist bekannt, an Pflegepersonal gibt, würden Ausbildung und Einrichtung von „Diabetes-Nannys“ und weiterführend einer „School Nurse“ eine deutliche Aufwertung des Pflegeberufes bedeuten. Und daher stelle ich namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

1. Der Gemeinderat der Stadt tritt auf dem Petitionsweg an den Landtag sowie die zuständigen Stellen der Steiermärkischen Landesregierung heran, die Forderung nach einer Ausbildung zur „Diabetes-Nanny“ zu forcieren. Die geforderten Qualifikationen soll der Beschreibung im Motivenbericht entsprechen.
2. Außerdem soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit betroffene Eltern bzw. Einrichtungen, also Krippen, Kindergärten und Schulen, bei Bedarf eine „Diabetes-Nanny“ anfordern können. Ein entsprechendes Finanzierungsmodell zwischen Land Steiermark und Krankenkassen ist auszuarbeiten.

Ich bitte um Annahme, Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*In Fällen chronischer Erkrankung bei Kindern und Jugendlichen sind deren Eltern, aber auch LehrerInnen und Betreuungspersonen besonders gefordert. In Österreich sind mehr als 190.000 Kinder und Jugendliche durch chronische Erkrankungen wie Asthma, Allergien, Diabetes, Epilepsie und Rheuma betroffen. Für Eltern gibt es zwar die Möglichkeit, eine professionelle Kinderkrankenpflegehilfe für ihr Kind für die entsprechende Betreuungseinrichtung zu beauftragen. Dies ist jedoch mit erheblichen Kosten verbunden.*

*Gewisse Hilfen stehen den angesprochenen Eltern über zuständige Referate in Stadt und Land, oder auch über Versicherungen und Vereine (z.B. KiB) zur Verfügung.*

*Dennoch bleiben verschiedene Hürden:*

*Vor allem stellt sich die Suche nach einem Krippen- oder Kindergartenplatz als äußerst schwierig heraus. Das Betreuungspersonal schreckt bei der Aufnahme von Kindern mit chronischer Erkrankung oft zurück. Die Befürchtung vor einem zu großen Mehraufwand sowie die zusätzlich notwendigen Ausbildungen für das Personal sind mit den meist knappen personellen Ressourcen (wenige BetreuerInnen und große Gruppen) in der*

*Regel schwer vereinbar. Das Betreuungspersonal ist zudem mit einer hohen Verantwortung und der ungeklärten Haftungsfrage bei der Handhabung von Hilfsmitteln bzw. Verabreichung von Medikamenten bei chronisch kranken Kindern konfrontiert. Im Gegensatz zur Rechtslage bei Kinderkrippen und Kindergärten übernimmt für LehrerInnen seit 2017 der Bund die Haftung. Nachdem das Steiermärkische Behindertengesetz im Fall chronischer Erkrankungen nicht angewendet werden kann, decken die Referate der Stadt und des Landes Steiermark die erheblichen Betreuungskosten für zusätzliches und geschultes Personal nicht ab.*

*Es ist also eine Frage des guten Willens der Betreuungskräfte gegenüber den Eltern, ob ihre Schützlinge überhaupt einen Betreuungsplatz erhalten. Eine gewünschte örtliche Nähe der Betreuungseinrichtung zum Wohnort oder Arbeitsplatz der Eltern, damit man im Notfall schnell bei seinem Kind ist, gilt als sehr unwahrscheinlich. Und die BetreuerInnen werden von Stadt und Land mit ihrer großen Verantwortung alleine gelassen.*

*Wie sieht die Situation in Graz am Beispiel der chronischen Erkrankung Typ 1 Diabetes aus? Priv.-Doz. Dr. med. Elke Fröhlich-Reiterer betreut an der Allgemeinen Pädiatrie, MedUni Graz, derzeit ca. 35 Kinder unter 6 Jahren, die in Kindergärten oder Krippen unterstützt werden müssen. Dr. Fröhlich-Reiterer ist auch zuständig für die Einschulung der Betreuer und Betreuerinnen.*

*Da besonders die Krippen noch nicht für chronisch kranke Kinder ausgelegt sind, der Bedarf aber jedenfalls gegeben ist, spricht sich auch Dr. Fröhlich-Reiterer für das neue Berufsbild der „Diabetes-Nanny“ aus. Die dazu erforderlichen Qualifikationen wären: Diplom. Kinder-Krankenschwester/-pfleger mit der Ausbildung Diabetes Care (medizinischer Universitätslehrgang) und einer Einschulung durch medizinisch qualifizierte ExpertInnen.*

*Es besteht außerdem der dringende Wunsch nach öffentlicher Finanzierung durch das Land und die Krankenkassen sowie nach fixen Finanzierungsverträgen, wie es sie in Salzburg, Tirol und Wien bereits gibt.*

*Der Österreichische Gesundheits- und Krankenpflegeverband (ÖGKV) fordert seit längerem die Ausbildung zur „School Nurse“, wie sie bereits in Skandinavien, England und den USA angeboten wird. Da es in Österreich einen massiven allgemeinen Mangel an Pflegepersonal gibt, würden Ausbildung und Einrichtung von „Diabetes-Nannys“ und weiterführend einer „School Nurse“ (Schulen und Kindergärten sind in die Forderung unbedingt mit einzubeziehen) eine deutliche Aufwertung des Pflegeberufes bedeuten.*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):*

- 1) Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an den Landtag sowie die zuständigen Stellen der Steiermärkische Landesregierung heran, die Forderung nach einer Ausbildung zur „Diabetes-Nanny“ zu forcieren. Die geforderte Qualifikation soll der Beschreibung im Motiventext entsprechen.*
- 2) Außerdem soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit betroffene Eltern bzw. Einrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen) bei Bedarf eine „Diabetes-Nanny“ anfordern können. Ein entsprechendes Finanzierungsmodell (Land Steiermark, Krankenkassen) ist auszuarbeiten.*

**Heinrichs:**

Da, glaube ich, habe ich alles ausgeführt.

**Der dringliche Antrag wurde einstimmig angenommen.**

GR<sup>in</sup> Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr<sup>in</sup> **Kopera**, MBA:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste, liebe Elke.

Danke für diesen sehr wichtigen Antrag. Ich habe dazu einen

### **Abänderungsantrag**

einzubringen und der lautet:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Herr Gesundheitsstadtrat Mag. Robert Krotzer wird ersucht, mit dem im Land Steiermark für Gesundheit zuständigen Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung, Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler, in diesbezügliche Gespräche einzutreten und die erzielten Ergebnisse im Ausschuss für Gesundheit und Umwelt zu referieren (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des Abänderungsantrages:*

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*Herr Gesundheitsstadtrat Mag. Robert Krotzer wird ersucht, mit dem im Land Steiermark für Gesundheit zuständigen Mitglied der Stmk. Landesregierung, Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler, in diesbezügliche Gespräche einzutreten und über die erzielten Ergebnisse im Ausschuss für Gesundheit und Umwelt Bericht zu erstatten.*

GR<sup>in</sup> **Marak-Fischer**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzende, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen, liebe Kollegen und Kolleginnen. Danke, liebe Elke, für diesen Antrag. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Thema. Es sind zwar nicht sehr viele Kinder, die betroffen sind, aber es geht um jedes einzelne Kind und die Situation bei chronisch kranken Kindern ist schwierig genug. Im Kindergarten meiner Kinder war auch ein Mädchen, das betroffen war von Diabetes und die Mutter musste da mindestens zwei Mal am Tag zum Messen usw. in den

Kindergarten kommen, was natürlich auch nur dann möglich ist, wenn die Arbeitssituation ähnlich ist. Das ist natürlich sicher nicht Sinn der Sache und ich glaube, diesen Familien gut zu helfen und zu unterstützen und auch Rechtssicherheit für die BetreuerInnen und PädagogInnen zu schaffen, die sich jetzt einfach im Graubereich bewegen, ist eine ganz wichtige Geschichte. Was den Abänderungsantrag der ÖVP betrifft, so lässt er mich ein bisschen ratlos zurück, denn wir sind uns in der Sache einig. Wir könnten den ursprünglichen Antrag, der sich ohnehin an das Land und deswegen auch an den zuständigen Landesrat wendet, mit einer entsprechenden Mehrheit beschließen. Der zuständige Stadtrat in der Stadt hat eben keine direkte Zuständigkeit, sonst wäre es ja ein Antrag an die Stadt gewesen. Insofern beißt sich die Katze hier, glaube ich, ein wenig in den Schwanz. Wir werden dem ursprünglichen Antrag auf jedem Fall zustimmen. Danke (*Appl*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (14.45 Uhr).***

**GR<sup>in</sup> Ribo:**

Liebe Gäste, liebe KollegInnen, auch von unserer Seite, danke, Elke, für deinen Antrag. Wir finden auch natürlich sehr wichtig das Thema. Ich kann mich den Worten meiner Vorrednerinnen nur anschließen, vor allem Alexandra, weil du gesagt hast, es sind nicht viele Kinder, aber jedes Kind ist uns wichtig und jedes Kind sollte auch die Betreuung bekommen, die es verdient und da ist es natürlich auf jeder Seite, glaube ich, sehr schwierig sowohl für die Eltern, für die Kinder aber auch für die Betreuungseinrichtungen, die eben personalmäßig nicht so gut ausgestattet sind, da zu einem gemeinsamen Konsens zu kommen. Deswegen hoffen wir auch, dass da so bald oder so schnell wie möglich etwas gemacht wird. Wir werden deinen Antrag unterstützen. Ich möchte auch noch einmal betonen, wir haben jetzt drei Abänderungsanträge von der ÖVP, irgendwie ist die Vorgehensweise etwas zu durchsichtig. Man versucht immer, die Verantwortung an jemand anderen zu

schieben. Ich meine, wir haben politische Zuständigkeiten und wir haben es eh durchschaut, passt (*Allgem. Appl.*).

**Heinrichs:**

Danke vielmals. Wie immer das Schlusswort sehr kurz. Ich möchte mich für alle Zustimmungen bedanken und auch für die Wortmeldungen, denen ich natürlich auch allerhand abgewinnen kann. Der Abänderungsantrag ist ein bisschen gläsern, aber trotzdem werden wir diesem Abänderungsantrag zustimmen. Es geht uns um die Sache und wir möchten nichts anderes sagen, als dass wir sehr gerne selber am Thema dran bleiben und weitermachen (*Allgem. Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde (gegen SPÖ, Grüne, Neos) angenommen.***

**9.3 Geplante „Sozialhilfe neu“ – Gegenkonzept entwickeln  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Taberhofer, KPÖ)**

**GR<sup>in</sup> Taberhofer:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich schicke vorweg, das Thema wird sein geplante „Sozialhilfe neu“.

Vorwegnehmen möchte ich, dass ich ein paar Zahlen, die im Motivenbericht, die ich verwendet habe, noch aktualisieren habe müssen und jetzt den aktuellen Stand in der Darstellung bringen werde. Die derzeitige österreichische Bundesregierung einigte sich unter FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein Ende 2018 auf eine Reform der bedarfsorientierten Mindestsicherung, die unter der Bezeichnung „Sozialhilfe neu“ ab 2020 umgesetzt werden soll. Diese geplante Neuregelung wird zu deutlichen Einbußen für sozial Bedürftige und zu einer weiteren Nivellierung nach unten führen. So ist

z. Bsp. vorgesehen, dass 300 Euro des neuen Basisbetrages von 885,48 Euro für alleinstehende Personen, Paare bekommen maximal 1.328,22 Euro als „Arbeitsqualifizierungsbonus“ monatlich, nur an Menschen mit österreichischem Pflichtschulabschluss ausbezahlt werden. Alle anderen müssen Deutschkenntnisse auf B1-Niveau nachweisen, um Anspruch auf den vollen Betrag zu haben. Und das zeigt, dass es Migrantinnen und Migranten daher deutlich schwieriger haben werden. Aber die geplanten Verschlechterungen beziehen sich nicht nur auf die Herkunft der Hilfsbedürftigen, sondern auch auf die Größe ihrer Familien. So soll sich der Betrag auch mit der Anzahl der Kinder reduzieren. Wenn Eltern für das erste Kind noch 215,76 Euro erhalten, so ist das zweite Kind nur mehr 129 Euro wert und ab dem dritten Kind sinkt der Betrag auf 43,15 Euro. Alleinerziehende Eltern bekommen zwar geringfügig mehr, aber auch bei ihnen sinkt der Betrag exponentiell vom ersten bis zu den danach folgenden Kindern. Und das verdeutlicht, dass kinderreiche Familien zu den Hauptbetroffenen der Kürzungen gehören. Ab dem dritten Kind müssen 1,40 Euro pro Tag ausreichen. Diese geplante Vorgangsweise zeigt, dass die Gefahr einer akuten Verarmung von Kindern im Steigen begriffen sein wird. Und bereits im Jahr 2017 war in der Steiermark jedes fünfte Kind, insgesamt 51.000 Kinder, armutsgefährdet. Darüber hinaus werden auch ältere Menschen von Verschlechterungen betroffen sein, die zwar im Pensionsalter sind, aber keinen Pensionsanspruch haben und deshalb Mindestsicherung beziehen. Und jetzt wurde auch bekannt, dass mit Verschlechterungen und massiven Kürzungen auch all jene Menschen rechnen müssten, die gleichzeitig Sozialhilfe und Leistungen wie z. Bsp. Wohnbeihilfe oder Heizkostenzuschuss beziehen. Denn diese Leistungen sollen als Einkommen auf die Sozialhilfe angerechnet werden, was bedeuten würde, dass zwar der Bezug von Wohnunterstützung, Heizkostenzuschuss oder Schulstartgeld möglich, aber total sinnlos wäre, da die Beträge dann von der Sozialhilfe wieder abgezogen würden. Und das folgende, konkrete Beispiel verdeutlicht, was das bedeutet: Eine Frau, Jahrgang 1961, krankheitsbedingt nicht mehr arbeitsfähig, hat bis jetzt bedarfsorientierte Mindestsicherung von 885,48 Euro pro Monat bezogen. Derzeit erhält sie zusätzlich 143 Euro Wohnunterstützung. Die Fixkosten für ihre Wohnung betragen 452 Euro für



Miete, 60 Euro für die Heizung und 45 Euro für Strom, also insgesamt 597 Euro und derzeit bleiben nach Abzug der fixen Wohnkosten 431,48 Euro zum Leben. Wenn künftig die Wohnunterstützung als Einkommen gilt und damit diese wichtige Unterstützung wegfallen sollte, würden ihr nur mehr 288,48 Euro für das tägliche Leben übrigbleiben. Und davon lässt sich keine würdevolle Existenz sicherstellen. Angesichts der hohen und weiter im Steigen begriffenen Mietpreise und Wohnnebenkosten hätten die neuen Bestimmungen eine Delogierungswelle möglicherweise eben zur Folge. Auch eine Unterstützung durch gemeinnützige Organisationen wie z. Bsp. Licht ins Dunkel oder Volkshilfe oder durch die Stadt, z. Bsp. der Energiekostenzuschuss oder Zuzahlung zu Heilbehelfen udgl., würden im Endeffekt von der Sozialhilfe wieder abgezogen. Armut, Kinderreichtum, Herkunft, all das sind die Ansatzpunkte der österreichischen Regierung für die geplanten Kürzungen. Die „Sozialhilfe neu“ ist somit eine Reform der Kürzungen auf Kosten der Betroffenen statt einer erforderlichen Existenzsicherung für die, die Hilfe in unserer Gesellschaft benötigen. Und die Stadt Graz als Stadt der Menschenrechte kann dem nicht untätig zusehen und daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu einer existenzsichernden und gerechten Sozialpolitik für alle Menschen in unserem Land.
2. Die politisch Verantwortlichen der Stadt Graz und die zuständigen Abteilungen werden ersucht zu überlegen, wie man den geplanten Kürzungen und Verschlechterungen im Zusammenhang mit der „Sozialhilfe neu“ entgegenwirken könnte. Und über die Vorschläge und Überlegungen soll dem Sozialausschuss bis spätestens Juni berichtet werden. Der betreffende Infobericht soll als Ausgangspunkt für etwaige Gespräche mit Vertretern und Vertreterinnen von Stadt, Land und Bund herangezogen werden.

Ich hoffe auf eine Annahme (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Die derzeitige österreichische Bundesregierung einigte sich unter FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein Ende 2018 auf eine Reform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS), die unter der Bezeichnung „Sozialhilfe neu“ ab 2020 umgesetzt werden soll. Diese geplante Neuregelung wird zu deutlichen Einbußen für sozial Bedürftige und des neuen Basisbetrages von 885,48 Euro für alleinstehende Personen (Paare bekommen maximal 1.328,22 Euro) als „Arbeitsqualifizierungsbonus“ monatlich nur an Menschen mit österreichischem Pflichtschulabschluss ausbezahlt werden. Alle anderen müssen Deutschkenntnisse auf B1- Niveau nachweisen, um Anspruch auf den vollen Betrag zu haben. Das zeigt, dass es MigrantInnen daher deutlich schwieriger haben werden. Aber die geplanten Verschlechterungen beziehen sich nicht nur auf die Herkunft der Hilfsbedürftigen, sondern auch auf die Größe ihrer Familien. So soll sich der Betrag auch mit der Anzahl der Kinder reduzieren. Wenn Eltern für das erste Kind noch 215,76 Euro erhalten, so ist das zweite Kind nur mehr 129,46 Euro wert und ab dem dritten Kind sinkt der Betrag auf 43,15 Euro. Alleinerziehende Eltern bekommen zwar geringfügig mehr, aber auch bei ihnen sinkt der Betrag exponentiell vom ersten bis zu den danach folgenden Kindern. Das verdeutlicht, dass kinderreiche Familien zu den Hauptbetroffenen der Kürzungen gehören. Ab dem dritten Kind müssen 1,40 pro Tag ausreichen. Diese geplante Vorgangsweise zeigt, dass die Gefahr einer akuten Verarmung von Kindern im Steigen begriffen sein wird. Bereits im Jahr 2017 war in der Steiermark jedes 5. Kind, insgesamt 51.000 Kinder, armutsgefährdet. Darüber hinaus werden auch ältere Menschen von Verschlechterungen betroffen sein, die zwar im Pensionsalter sind, aber keinen Pensionsanspruch haben und deshalb Mindestsicherung beziehen.*

*Jetzt wurde bekannt, dass mit Verschlechterungen und massiven Kürzungen auch all jene Menschen rechnen müssten, die gleichzeitig Sozialhilfe und Leistungen wie z.B. Wohnbeihilfe und Heizkostenzuschuss beziehen. Denn diese Leistungen sollen als Einkommen auf die Sozialhilfe angerechnet werden, was bedeuten würde, dass zwar der Bezug von Wohnunterstützung, Heizkostenzuschuss oder Schulstartgeld möglich,*

*aber total sinnlos wäre, da die Beträge dann von der Sozialhilfe wieder abgezogen würden.*

*Das folgende konkrete Beispiel verdeutlicht, was das bedeutet: Eine Frau, Jahrgang 1961, krankheitsbedingt nicht mehr arbeitsfähig, hat bis jetzt Bedarforientierte Mindestsicherung von 885,48 € pro Monat bezogen. Derzeit erhält sie zusätzlich 143 € Wohnunterstützung. Die Fixkosten für ihre Wohnung betragen 492 € für Miete, 60 € für die Heizung und 45 € für Strom, insgesamt 597 €. Derzeit bleiben nach Abzug der fixen Wohnkosten 431,48 € zum Leben. Wenn künftig die Wohnunterstützung als Einkommen gilt und damit diese wichtige Unterstützung wegfallen sollte, würden ihr nur mehr 288,48 € für das tägliche Leben übrigbleiben. Davon lässt sich keine würdevolle Existenz sicherstellen. Angesichts der hohen und weiter im Steigen begriffenen Mietpreise und Wohnnebenkosten hätten die neuen Bestimmungen eine Delogierungswelle zur Folge.*

*Auch eine Unterstützung durch gemeinnützige Organisationen (wie Licht ins Dunkel oder Volkshilfe) oder durch die Stadt Graz, z. B. der Energiekostenzuschuss, oder Zuzahlungen zu Heilbehelfen u. dgl. würden im Endeffekt von der Sozialhilfe wieder abgezogen.*

*Armut, Kinderreichtum, Herkunft - all das sind die Ansatzpunkte der österreichischen Regierung für ihre geplanten Kürzungen. Die „Sozialhilfe neu“ ist somit eine Reform der Kürzungen auf Kosten der Betroffenen statt einer erforderlichen Existenzsicherung für die, die Hilfe in unserer Gesellschaft benötigen.*

*Die Stadt Graz als Stadt der Menschenrechte kann dem nicht untätig zusehen. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):*

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu einer existenzsichernden und gerechten Sozialpolitik für alle Menschen in unserem Land.*

2. *Die politisch Verantwortlichen der Stadt Graz und die zuständigen Abteilungen werden ersucht zu überlegen, wie man den geplanten Kürzungen und Verschlechterungen im Zusammenhang mit der „Sozialhilfe neu“ entgegenwirken könnte. Über diese Vorschläge und Überlegungen soll dem Sozialausschuss bis spätestens Juni berichtet werden. Der betreffende Infobericht soll als Ausgangspunkt für etwaige Gespräche mit Vertreterinnen von Stadt, Land und Bund herangezogen werden.*

**GR Ehmann:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtregerungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Kollegin Ulli Taberhofer. Absolut verständlich dieser Antrag. Wir werden das natürlich umfassend, nicht nur in der Dringlichkeit, sondern auch natürlich im Inhalt unterstützen, denn wie wichtig die derartigen sozialpolitischen Maßnahmen sind, um hier der Sozialpolitik von ÖVP und FPÖ entgegenzutreten, das zeigt sich ja immer mehr. Nicht nur indem wir sehen, dass Kinder mittlerweile unterschiedliche Wertigkeiten haben, was für mich ja ungeheuerlich ist. Gleichzeitig jetzt der neue Plan, wo de facto Spendengelder von der Mindestsicherung oder von der bezogenen Mindestsicherung quasi wieder entgegengerechnet werden oder abgezogen werden sollen. Also das ist für mich derartig skandalös. Ich bin ja schon neugierig, wie die Stadt Graz damit umgehen wird. Nämlich genau im Ressort beispielsweise unseres Stadtrats Kurt Hohensinner als Sozialstadtrat, denn bei freiwilligen Leistungen der Stadt wird es ja dann spannend, wie das gemacht wird. Abgesehen davon, dass das menschlich zutiefst verächtlich ist für mich. Das sage ich auch ganz klar und deutlich hier an dieser Stelle. Aber ihr müsst euch einmal den Verwaltungsaufwand vorstellen, der damit zusammenhängend ist, dass man jetzt jeden einzelnen Fall überprüft, ist das jetzt in dem Fall gerechtfertigt, weil da soll es ja wieder Ausnahmefälle usw. geben. Also das heißt, es wird eine umfassende Verwaltungsbeschäftigung sein, sondern wie gesagt, unglaublich, dass man wirklich tatsächlich so etwas ernsthaft andenkt im 21. Jahrhundert. Aber ja, es überrascht uns

nichts mehr schön langsam. Ich kann nur noch einmal an alle Kolleginnen und Kollegen den Appell richten, das sich wirklich noch einmal zu überlegen. Auf Landesebene wird ja hier schon versucht und noch verhandelt bzw. Möglichkeiten gesucht, wie man beim Ausführungsgesetz dann noch zusätzlich Unterstützungsleistungen einbauen kann. Das lässt das Ausführungsgesetz ja zu. Da sieht man ja auch, wie inwieweit die Bundesministerin eigentlich auch wieder sich quasi nicht durchziehen traut, wenn sie schon dazu steht, so wie sie es sagt, weil im Ausführungsgesetz sagt sie es klar so. Gleichzeitig aber der Hinweis, in den Ländern können natürlich jedes Mal quasi Alternativen eingebaut werden etc., etc. abgeschwächt werden, Unterstützungsleistungen eingebaut werden, also man sieht ja auch, wie inkonsequent trotzdem auch in dem Fall die Haltung dort ist. Ich muss sagen, da kann ich nur sagen, überlegt es euch wirklich noch einmal ernsthaft, ob ihr davon abgeht bzw. auch dem Antrag folgt, wie man in der Stadt dann zukünftig mit dem umgeht, um das noch abzufedern, weil das ist wirklich niemandem zumutbar. Danke (*Allgem. Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Sehr geehrte GR<sup>in</sup> Taberhofer. Also zu Punkt 1 deines Antrages, dass wir zu einer existenzsichernden und gerechten Sozialpolitik stehen, da kann ich nur sagen, das können wir mit Sicherheit alle hier herinnen unterschreiben. Aber für uns ist dieser Antrag nicht dringlich. Warum ist er nicht dringlich? Weil das Sozialhilfegrundgesetz erst am 16.4. im Nationalrat im Sozialausschuss behandelt wird und auch dort wird alles genau festgelegt werden. Das heißt, 100 %-ig genau wissen wir jetzt noch gar nicht, wie es wirklich ausschauen wird zum Ersten. Zum Zweiten ist es, wie gesagt, das Sozialhilfegrundgesetz und wie der Herr Klubobmann Ehmann vorhin schon bemerkt hat, die Länder haben natürlich dann Kompetenzen, weil das sehr wichtig ist, weil ja jedes Bundesland so verschieden ist und verschiedene Bedürfnisse hat und deshalb haben sie dann die Möglichkeit, auch gewisse Dinge bei sich einzurichten, wie z. Bsp. für besonders schutzwürdige Personengruppen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, können Ausnahmen gemacht werden, wie

z. Bsp. dass die Deckelung bei 1.500 Euro nicht vorgesehen ist. Zusätzlich kann man auch bei dauerhaft erwerbsunfähigen Personen die Leistungen unbefristet weitergeben. Was die Landesgesetzgebung noch kann, und zwar sind in jeder Situation zusätzliche Sachleistungen in unbegrenzter Höhe vorgesehen, sofern es zur Vermeidung von Härtefällen nötig ist. Das heißt, es ist hier auch von Härtefällen die Rede und auch hier kann man einige Maßnahmen setzen, aber das obliegt dann dem Land und wird man dann sehen in der Stadt, was das Land dann daraus macht und da werden wir, da könnt ihr euch sicher sein, auf jeden Fall darauf reagieren. Auch möglich ist es bei der Wohnbeihilfe, weil Sie das vorhin angesprochen haben, die 30 % Zusatzleistung bei der Wohnbeihilfe in die Sachleistungen hineinzunehmen. Das heißt, das bedeutet dann jetzt keine finanzielle Kürzung. Zusätzlich gibt es auch die Möglichkeit oder ist es sehr wichtig zu sagen, für Menschen mit Behinderung oder mit Pflegebedarf können höhere Leistungen auf jeden Fall gegeben werden, ohne dabei irgendwelche Einschränkungen zu haben. Und der Mindestzuschlag beträgt auf jeden Fall 160 Euro pro Monat und das ist verpflichtend, das heißt, hier profitieren Menschen mit Behinderung, mit Pflegebedarf auf jeden Fall vom neuen Sozialhilfegesetz. Zusätzlich sind noch Kinder von der verpflichtenden Haushaltsdeckelung ausgenommen, und auch gegen Armut kann das Land Bestimmungen erlassen. Also ich weiß jetzt wirklich nicht, wo hier jetzt speziell eure Aufregung liegt, weil, wie gesagt, es ist nichts fix. Die Länder können sich noch genauer anschauen, welchen Bedarf sie haben und auch wir als Stadt haben Möglichkeiten. Also ich verstehe jetzt die Aufregung nicht ganz. Die Einzigen, die wirklich nicht von diesem neuen Gesetz profitieren, sind Menschen, die zuwenig Deutschkenntnisse haben und ich kann an einem Praxisbeispiel auch belegen, wie wichtig das ist, wenn man arbeiten möchte, dass man Deutsch kann, weil ich habe einmal eine Putzfirma gehabt und bei mir hat sich eine Frau beworben, die mit ihrem Mann gekommen ist und ich wollte mit ihr darüber sprechen, wie sie putzen soll und mit welchen Mitteln sie das tun soll und geantwortet hat der Mann. Dann habe ich nicht gewusst, fängt der Mann bei mir an oder die Frau. Der Mann hat aber gesagt, sie kann nicht Deutsch und es geht es ja nur um das Putzen und deswegen ist er mitgekommen. Ich hätte sie gerne

eingestellt, weil brauchen hätte ich sie dringend können, aber ich konnte nicht, weil ich konnte mich mit ihr nicht verständigen und das kann ich dann natürlich meinen Kunden nicht zumuten. Und es ist deswegen schon sehr gerechtfertigt (*Allgem. Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Liebe Ulli Taberhofer, danke für den Antrag. Geschätzte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich kann mich vielem von dem, was meine Vorrednerin gesagt hat, auch anschließen und möchte vielleicht darüber auf ein paar Aspekte noch eingehen, die wir für besonders relevant halten. Die vielleicht auch eine Hilfestellung sein könnten für gewisse Situationen, dass man sich ein bisschen besser orientieren kann. Mit dem ersten Forderungspunkt sind wir eigentlich auch einer Meinung und ich glaube, das leben wir jetzt nicht nur unser Stadtrat Hohensinner, sondern auch unser gesamtes Sozialamt mit dem ganzen Team rund um die Frau Dr. Fink, sehr wohl, dass wir eine gerechte Sozialpolitik betreiben, deswegen sind wir da auch voll dabei, ansonsten sind wir auch einstimmig mit dem ersten Satz vom Motivenbericht, das ist auch richtig und dahinter stehen wir auch. Ich darf vielleicht nur ganz kurz ausführen, der Inhalt ist, wie meine Kollegin Claudia Schönbacher schon gesagt hat, ein Rahmengesetz, das irgendwo auch die Möglichkeit und berechtigterweise die Möglichkeit hat, in den Ländern verschiedene Aspekte noch genauer zu definieren, weil es einfach auch notwendig ist. Ich glaube, ein Beispiel, was vielleicht noch nicht gebracht worden ist, ist auch der Wohnbereich, der auch von dir angesprochen wurde, wo sehr wohl in verschiedenen, vielleicht auch teureren Wohngebieten das Land sagen kann, ok, da möchten wir noch dazu bezuschussen, weil sonst es ein bisschen schwierig ist. Es ist darüber hinaus auch neu, dass es Extra-Zuschläge auch, weil es da immer ein Aspekt ist, der der Koalition auch auf Bundesebene vorgeworfen wird, zu vernachlässigen ist, noch Zuschläge für AlleinerzieherInnen und eben Menschen mit Behinderung drinnen, die in dem Motiventext jetzt nur mit einem kleinen Teil vorkommen und deswegen, und das finde ich ein bisschen schade, weil meine Mutter inzwischen auch Alleinerzieherin ist und,

ich denke, dass sowas schon hervorgehoben werden kann und das bringt mich schon zu einem Aspekt, der mich persönlich ein bisschen gestört hat und den jetzt auch der Herr Klubobmann Ehmman dezidiert auch so vorgeworfen hat, der aber auch in der Gesetzesvorlage nicht drinnen ist. Während in der alten Regelung diese 18 % für die ersten drei Kinder gegolten haben, das eigentlich noch gleich aussieht, gibt es diese Staffelung jetzt mit diesen 25 und den 15 %. Jetzt habe ich selber keine Kinder. Für diese ersten beiden Kinder, die quasi auch Anspruch darauf haben, und ich glaube, dass ist ein bisschen verquer oder ich mir nur sehr schlecht vorstellen kann, dass jetzt z. Bsp. eine Mutter hergeht und sagt, ok gut, die 25 %, die ich für dich bekomme, verwende ich nur für dich und dann die 15 % dann für das zweite Kind. Ich meine, das ist auch ein bisschen vermessen, das so zu behaupten und ich glaube, dass man da schon auch hervorheben kann, dass es inzwischen auch die 20 % für die Kinder sind und nicht die 18, die es davor sind. Kann man schon auch mal so festhalten. Ich glaube, auch ein wichtiger Aspekt ist, und das ist vielleicht auch ein Hinweis, ich weiß nicht, wo sich die Produktion vom Stadtblatt gerade finden lässt oder ob es schon drinnen war. Ich habe es jetzt nicht gelesen bis jetzt noch, dass es vielleicht auch die Gesamtsumme, die dann für Familien mit Kindern zur Verfügung stellt, auch so darstellt, wie sie auch wirklich da sind. Und mir ist schon bewusst, dass die Familienbeihilfe z. Bsp. von allen Kindern beansprucht werden können, aber es im Endeffekt auch den Familien zur Verfügung steht und das dazu auszusparen, tue ich mir ein bisschen schwer damit und ich glaube, ein bisschen plakativ. Genauso wie das Wort, es sind Kinder so und so viel wert und das ist so und so viel reicht dann für irgendwen anders. Auf das Stichwort vielleicht „Delogierungswelle“, das habe ich anfangs schon erwähnt, möchte ich jetzt nicht mehr allzu lange ausführen. Was vielleicht schon ein Aspekt ist, der auch vernachlässigt wird, ist, das glaube ich schon, die Sozialhilfe, als was gedacht ist, was in einer Übergangskrisenphase auch unterstützt, da sein sollte und helfen sollte. Es ist natürlich im Sinne, es war davor auch schon so, dass Vermögenswerte grundsätzlich auch einzusetzen sind, um diese Summe auch irgendwo zu bemessen. Ich glaube, dass die Tatsache, dass man da auch versucht hat, von dieser sechsmonatigen Frist in quasi, wenn einem eine Wohnung gehört, wegzugehen und zu sagen, ok gut, da stellen wir



diese drei Jahre zur Verfügung, sodass es wirklich eine Möglichkeit ist, eine Krise zu übertauchen z. Bsp. ist ein wesentlicher Aspekt, den ich da jetzt nicht wirklich drinnen finde, aber ich glaube, ganz vielen Leuten in prekären Situationen auch helfen kann und vielleicht auch den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt wieder helfen kann. Ich darf abschließend noch ganz kurz auch auf den Stadtrat Riegler verweisen, der vorher schon angesprochen hat, dass das Spiel mit den Zahlen und plakativen Beispielen auch ein bisschen schwierig ist und vor allem auch für Bürgerinnen und Bürger irreführend sein kann. Ich glaube, dass die Wortwahl mit Werten und wie viel Kindern was wert ist, ganz, ganz schwierig ist. Und darf zustimmend, wie die Claudia schon gesagt hat, da einmal kurz festhalten, dass für uns die Dringlichkeit hier nicht gegeben ist dadurch, dass wir fest davon überzeugt sind, dass sowohl wir hier in der Stadt als auch im Land entsprechende passende Festlegungen für diese neue Sozialhilfe finden können, die dann unseren Bürgerinnen und Bürgern auch wieder gut zur Verfügung stellen können. Danke (*Allgem. Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Ribo:**

Liebe Kolleginnen, liebe Gäste. Ja jetzt ist schon vieles gesagt worden. Ich möchte in erster Linie dir, Ulli, danken für den Antrag und kann mich deiner Wortmeldung anschließen, den anderen zwei Wortmeldungen natürlich nicht. Aber ich möchte auf die auch kurz eingehen und zwar vielleicht fange ich so an: Was muss eine Mindestsicherung sicherstellen? Das ist eigentlich eine einfache Frage und da gibt es auch eine ganz einfache Antwort: ein menschenwürdiges Leben. Und mit dieser Mindestsicherung, die jetzt geplant ist, die auch wahrscheinlich kommen wird, wird das nicht sichergestellt. Und ich schaue jetzt bewusst in die Richtung der ÖVP, weil diese Linie von der FPÖ vorgegeben wird, das ist mir klar. Aber, was ich schrecklich finde, dass ihr auch das wisst. Ihr wisst das, dass da mit diesem Geld kein menschenwürdiges Leben möglich ist und ihr unterstützt das. Und das ist für mich schon sehr skandalös (*Allgem. Appl.*). Ihr wisst, dass diese neue Mindestsicherung

Kinderarmut befördert und ihr unterstützt das trotzdem. Ihr wisst auch, dass vor allem Kinder dadurch betroffen werden und das unterstützt ihr trotzdem.

*Zwischenruf: GR Piffi-Percevic: Familienbeihilfe.*

**Ribo:**

Auf jeden Fall hat der Herr Stadtrat für Soziales heute noch bei dem Thema Energiekostenzuschuss, ich habe mir das genau aufgeschrieben, gesagt, es entspricht unserem Menschenbild, dass wir alle Menschen als gleichwertig behandeln. Also innerhalb von einer Stunde hat sich das jetzt um 180 Grad gedreht. Anscheinend, wenn es um dieses Thema geht und die Mindestsicherung, da habt ihr nicht das gleiche Menschenbild. Und da frage ich mich wirklich, weil auf deine Wortmeldung, Claudia Schönbacher, wie du gesagt hast, Menschen, die nicht genug Deutsch sprechen „werden hier gekürzt“, ihnen wird die Leistung gekürzt. Aber, ich glaube nicht, dass Menschen, die nicht genug Deutsch sprechen, weniger Hunger haben als Menschen, die Deutsch sprechen können (*Allgem. Appl.*) oder dass Kinder weniger Hunger haben oder dass das dritte Kind weniger Hunger hat als das erste Kind, das glaube ich wirklich nicht (*Allgem. Appl.*). Und ihr könnt jetzt zu Hundert hier rausgehen und versuchen, das irgendwie schönzureden und das ist ein Rahmengesetz, die Länder können eh alles dann ändern. Ich meine, in den Ländern sitzen auch viele ÖVPLer, da wird sich auch nicht viel ändern. Aber es ist eine massive Kürzung, vor allem im Bereich Kinder, und das führt zu Kinderarmut und das müsst ihr auf eure Kappe nehmen (*Allgem. Appl.*). Einen Punkt möchte ich noch sagen: Auf den 16.4., weil die Kollegen von der FPÖ haben ja gemeint, ja am 16.4. wird das ja vorbesprochen. Ich meine, ich weiß auch, wir wissen alle, wer dort in dieser Besprechung sitzt und was da herauskommen wird. Also von diesem 16.4. erwarte ich mir jetzt keine 360°-Kehrtwende. Also wie gesagt, also da bin ich eher skeptisch, dass da irgendwas Positives herauskommt.

*Zwischenruf GR Sickl: unverständlich.*

**Ribo:**

Herr Kollege Sickl, Sie können sich da in der Sondersitzung extra melden, danke (*Allgem. Appl.*). Es ist ein sehr emotionales Thema, deswegen nimmt es mich wirklich sehr mit und ich versuche, mich da immer zusammenzureißen. Aber Danke, Ulli, für diesen Antrag. Es ist wichtiger denn je, dass man den jetzt unterstützt und ich bin wirklich gespannt, auch wie der Michi Ehmann das gesagt hat, ich gespannt, wie die Stadt Graz sich in diesem Fall verhalten wird und wie unser Stadtrat, der Kurt Hohensinner, da auch darauf reagieren wird. Danke (*Allgem. Appl.*).

**StR Hohensinner:**

Ich möchte einmal anfangen, es gibt dann einfach einen unterschiedlichen ideologischen Zugang. Sozial ist das, was stärkt und nicht das, was in Abhängigkeit bringt (*Allgem. Appl.*) und ich verstehe die Aufregung nicht, weil ich war ja öfters auch bei unserer Soziallandesrätin und wir haben immer drei Punkte diskutiert. Der erste Punkt war, dass wir jetzt mehr Anreize in Richtung Spracherwerb einfügten. Das war auch ungeteilt bzw. die Landesrätin war da auch sehr stark dafür, die Alleinerziehenden bekommen auch mehr über die Mindestsicherung neu und dass jetzt die große Kindesarmut ausbricht, wir haben die Familienbeihilfe, die ist hier unangetastet, das darf man auf keinen Fall vergessen (*Appl.*). Und die Soziallandesrätin hat darauf hingewiesen und das war eigentlich der einzige Punkt, was sie gesagt hat, da darf wirklich nichts passieren, dass Menschen mit Behinderung zukünftig in der Steiermark nicht weniger bekommen dürfen, weil es gibt da einen Zuschuss zum Lebensunterhalt nach dem BHG und das neue Mindestsicherungsgesetz sieht vor, dass wir österreichweit eine Besserstellung haben bei Menschen mit Behinderung. Nur die Steiermark hat über das BHG was zusätzlich gehabt. Und da haben wir uns beide Sorgen gemacht und die Sozialministerin hat darauf Rücksicht genommen. Das heißt,

das Ausführungsgesetz kann in der Steiermark das auch vorsehen, dass das BHG auch zukünftig diese Leistung bereitstellen kann (*Allgem. Appl.*). Und deswegen verstehe ich wirklich die künstliche Aufregung der Soziallandesrätin nicht, die da bei dem Termin in Wien sind, die Soziallandesrätin hat das mit mir immer diskutiert. Dieser Punkt wurde berücksichtigt und jetzt gibt es die große Empörung, alles ist so schlimm. Ich würde einfach bitten, dass wir jetzt unsere Hausaufgaben machen auf Landesebene, dass wir das ausführende Gesetz jetzt formulieren und dann in den Landtag einbringen. Aber jetzt komme ich zur tatsächlichen Berichtigung und ich finde das wirklich, wirklich arg, dass man da jetzt versucht darzustellen, dass zukünftig die Spenden von der Mindestsicherung abgezogen werden. Ich würde dich einfach bitten, lieber Michi, woher hast du diese Information? Weil mir liegen zwei OTS-Meldungen vor, eine davon vom Sozialministerium, die hier um Klarstellung ersuchten, dass auch der Herr Abgeordnete Muchitsch wieder zurückkehrt zur Seriosität. Das ist schlichtweg eine Falschmeldung, die hier verbreitet wird. In der OTS-Meldung, wörtlich: „Behauptungen von SPÖ Muchitsch zur Kürzungen der Mindestsicherung bei Erhalt von Spenden sind schlichtweg unwahr.“ Es werden da wieder Silberstein-Methoden vorgeworfen. Also ich würde einfach bitten, wenn es wirklich unwahr sein sollte, dass du das auch als Klubobmann der SPÖ richtigstellst (*Allgem. Appl.*).

**Ehmann:**

Ich darf jetzt den Paragraph bzw. diesen Teil zitieren, der angesprochen ist, wo sich diese Interpretation verfestigt, die geplante Kürzung der Mindestsicherungen die gehen so weit, dass jetzt Spenden von der Mindestsicherung abgezogen werden; im § 7 des Sozialhilfegrundsatzgesetzes heißt es, dass künftig alle Zuwendungen von Dritten auf die Mindestsicherung angerechnet müssen. Ja, was heißt das den anderes, entschuldigt (*Allgem. Appl.*).

**StR Hohensinner:**

Zur tatsächlichen Berichtigung: Sachleistungen wie etwa ein elektrischer Rollstuhl, medizinische Hilfsmittel und Heilmittel, der z. Bsp. von Licht ins Dunkel gespendet bzw. mitfinanziert wird, werden selbstverständlich nicht (*Zwischenruf Bgm.-Stv. Eustacchio: Zuhören!*) auf die Leistungen der Mindestsicherung angerechnet. Ebenso kommt es zu keiner Anrechnung bei Leistungen der Betroffenen nach einem Naturereignis wie z. Bsp. Feuer oder Hochwasser für die Überwindung einer plötzlich eingetretenen Notlage. Auch einmalige Leistungen wie etwa Unterstützungen wegen Mietrückstände oder für Unkosten, die zur Abwendung eines Härtefalles gewährt werden, sind nicht anzurechnen. Und jetzt geht es weiter, was das Finanzielle betrifft. Streng genommen und theoretisch dürften daher gemeinnützige Vereine wie z. Bsp. die Caritas jeden Mindestsicherungsbezieher, der nichts besitzt, 5.300 Euro im Jahre spenden, die SPÖ sollte also endlich ihre Hausaufgaben machen und sich wieder der Ernsthaftigkeit widmen, anstatt mutwillig Unwahrheiten zu verbreiten (*Appl.*).

**Taberhofer:**

Ich hoffe zwar, dass die Dringlichkeit eine Mehrheit findet, nachdem ich herausgehört habe, erster Punkt wäre durchaus vorstellbar; aber trotz alledem möchte ich vorwegschicken einen Aspekt, also es hat mich nichts jetzt, also keine sogenannte faktische Berichtigung hat mich irgendwie dazu bringen lassen, dass ich da irgendeinen Strich jetzt ändern würde, weil Fakt ist, egal wie man es dreht und wendet, die geplanten Vorhaben sind Kürzungen, Verschlechterungen. Im Jahr 2017 das Geld, das ausgezahlt worden ist, an den Anteil derer die Mindestsicherung bezogen haben, liegt bei 0,9 % des Sozialbudgets, dann kann man sich anschauen, in welcher Höhe dafür Geld aufgewendet wird und wo man anfängt zu kürzen und schlechtere Bedingungen für Menschen irgendwie umzusetzen. Ich hoffe natürlich, die Dringlichkeit und der Inhalt findet eine Mehrheit, weil nichts anderes, als dass man das auch prüft, aus der Sicht der Stadt irgendwie auch irgendwie Überlegungen dazu anstellt, ist in meinem dringlichen Antrag die Forderung und da könnte ich mir vorstellen, dass man vielleicht

doch zu einem gemeinsamen Entschluss diesbezüglich kommt. Danke vorerst (*Allgem. Appl.*).

***Der dringliche Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.***

#### **9.4 Mehr Grün und Spielmöglichkeiten für eine gesunde Kindheit (GR<sup>in</sup> MA Wutte, Grünen)**

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Vor einigen Wochen kündigte der Bürgermeister Siegfried Nagl das Gesundheitsjahr 2020/2021 an. Da wurden einige sinnvolle Maßnahmen angekündigt mit der Vision, Graz zur „gesündesten Stadt Europas“ zu machen. Aus meiner Sicht wurde aber noch zu wenig diskutiert über Vorschläge, die speziell die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen im Fokus haben. Dabei ist diese Lebensphase, wie durch ganz viele Studien mittlerweile belegt ist, entscheidend für die spätere Gesundheit. Also das Gesundheitsverhalten, das man sich in der Kindheit aneignet, bestimmt eigentlich die Gesundheit im Erwachsenenalter. Und auf einen Punkt möchte ich auch eingehen, was der Stadtrat Krotzer vorher auch ganz lang ausgeführt hat. Wir wissen mittlerweile, dass Gesundheit eben nicht vor allem in der individuellen Verantwortung liegt, sondern eben ganz, ganz stark mit Armut und gesellschaftlichem Status verknüpft ist. Wenn man es plakativ ausspricht: Die benachteiligten und armen Kinder von heute sind die chronisch Kranken von morgen. Jetzt gibt es verschiedene Möglichkeiten, bei dem Thema anzusetzen, aber etwas das man eigentlich sehr leicht tun kann für die Gesundheit von Kindern, aber auch von allen anderen Menschen in der Stadt, ist diese Möglichkeit, im Freien zu spielen und Zugang zum Grünraum zu haben. Erst vor kurzem

gab es eine Studie, dass eben die unmittelbare Nähe zu Parks oder Wäldern oder Grünflächen, also wenn man wirklich in unmittelbarer Nähe aufwächst, scheinbar das Risiko, später eine psychische Krankheit zu bekommen, um 55 % verringert. Also es ist schon eine ziemliche eindrucksvolle Zahl. Gleichzeitig bewegt sich es aber gesamtgesellschaftlich ganz in die gegenteilige Richtung. Kinder sind immer weniger draußen, also wenn man es damit vergleicht, wie es vor 20 Jahren war oder vor 50 Jahren. Es gibt z. Bsp. eine britische Studie, die sagt, 75 % der Kinder sind weniger als eine Stunde am Tag im Freien und das bedeutet, sie sind kürzer im Freien, als es die Menschenrechtskonvention verpflichtend für Gefängnisinsassen vorsieht. Das muss man sich einmal vorstellen. Jetzt konkret zur Situation in Graz. Wie wir alle wissen, haben wir sehr viel Grünraum im Grazer Stadtgebiet, aber er ist ungleich verteilt und damit sind auch die Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder im Freien ungleich verteilt und insbesondere in ärmeren Bezirken, Jakomini, Gries und Lend gibt es zwar große Parkanlagen, aber gemessen an der EinwohnerInnenanzahl gibt es sehr wenig Grünraum. Das ist auch im Stadtentwicklungskonzept festgehalten. Das heißt, in den Bezirken kommen eigentlich zwei massive Gesundheitsrisiken zusammen für viele Kinder, nämlich einerseits die Armut und deren niedriger gesellschaftlicher Status und dann auch noch wenig Möglichkeiten, sich im Freien aufzuhalten, sich ausreichend zu bewegen. Und ich denke eben, dass trotzdem, dass die Stadt wächst und dass man teilweise gerade in innerstädtischen Bezirken nachverdichten muss, man hier durchaus noch einiges machen könnte. Also eine Ansatzmöglichkeit ist z. Bsp. das Steirische Baugesetz, wo Bauträger verpflichtet werden, eben bei Siedlungen einen Kinderspielplatz zu errichten, aber momentan ist die Regelung eben so, dass der, wenn es in 500 m Entfernung einen öffentlichen gibt, dass man dann keinen errichten muss. Und jetzt wissen wir halt, 500 m Entfernung ist in der Stadt durchaus eine größere Distanz und dadurch gibt es einfach weitaus weniger Spielplätze, als eigentlich nötig und wichtig wäre. Nur eine kurze Info am Rande: Also dieser Teil ist jetzt nicht mehr im Antragstext enthalten, weil wir schon den zweiten grünen dringlichen Antrag auf Petition haben, aber ich bringe das als einfachen Antrag ein. Es gibt noch weitere Möglichkeiten, was die Stadt tun könnte. Nämlich, wie vielleicht viele von uns

beobachten oder auch merken, die selber Kinder haben, wenn Spielplätze in Siedlungen gebaut werden, sind das ganz oft so eher lieblose Arrangements und man stellt einen hin, weil man muss und die werden dann halt auch ganz wenig genutzt eigentlich von Kindern und Familien. Erfolgreiche Projekte zeigen, dass Spielplätze, die von Kindern mitgestaltet werden, später viel besser funktionieren und man könnte z. Bsp. als Stadt einen Preis ausgeben, so in Richtung kinderfreundliches Bauen. Also man könnte einfach versuchen, verschiedene Anreize zu setzen, dass Siedlungen wirklich kinder- und familienfreundlicher gestaltet werden und dadurch auch Kinder wieder mehr rausgehen. Ich habe verschiedene Maßnahmen noch vorgeschlagen im Motiventext, ich komme jetzt aber, weil die Zeit auch schon knapp wird, zum Text des Dringlichen. Würde mich sehr über Ihre Zustimmung für dieses wichtige Thema freuen. Ich stelle daher namens der Grünen folgenden

**dringlichen Antrag:**

1. Bürgermeister Siegfried Nagl als für den Grünraum zuständiges Stadtsenatsmitglied und Jugendstadtrat Kurt Hohensinner werden ersucht, einen Runden Tisch einzuberufen, in dessen Rahmen umsetzbare Ideen zur Verbesserung des Angebotes an Grün-, Spiel- und Bewegungsflächen für Kinder insbesondere in Gries, Lend und Jakomini entwickelt werden.
2. Bürgermeister Siegfried Nagl als für die Stadtplanung zuständiges Stadtregierungsmitglied wird ersucht, die Möglichkeit einer Auszeichnung für „kinderfreundliches Bauen“ oder weitere Anreize für Bauträger zu einer kinderfreundlicheren Gestaltung von Siedlungen zu prüfen.
3. Jugendstadtrat Kurt Hohensinner wird außerdem ersucht, an ausgewählten Grazer Schulen in Gries, Jakomini und Lend die Möglichkeit von Beteiligungsprozessen zur besseren Gestaltung von Schulhöfen zu prüfen und auch zu prüfen, ob vielleicht im nächsten Sommer noch weitere Schulhöfe öffentlich zugänglich gemacht werden können.

Ich hoffe und ersuche um Ihre Zustimmung (*Allgem. Appl.*).



*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Vor einigen Wochen kündigte Bürgermeister Nagl das Gesundheitsjahr 2020/2021 an. Graz solle, so die Vision, zur „gesündesten Stadt Europas“ werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden viele verschiedene Maßnahmen angekündigt, wie beispielsweise Förderungen fürs Radfahren und Zu-Fuß-Gehen, Sport im öffentlichen Raum, Informationen zu gesunder Ernährung sowie Maßnahmen, die der Verbesserung der psychischen Gesundheit dienen.*

*Noch zu wenig diskutiert und eingebracht wurden jedoch Vorschläge, die die spezifische Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen im Fokus haben. Dabei ist diese Lebensphase, wie durch Langzeitstudien mittlerweile eindrucksvoll belegt wurde, entscheidend für den späteren Gesundheitszustand. Viele Krankheiten und gesundheitliche Beeinträchtigungen im Erwachsenenalter sind auf Fehlentwicklungen im Kindes- und Jugendalter rückführbar. Belegt ist auch, dass Gesundheit sehr stark mit gesellschaftlichem Status und Armut verknüpft ist. Plakativ gesprochen: Die benachteiligten Kinder von heute sind die chronisch Kranken von morgen.*

*Ein ganz wesentlicher gesundheitsfördernder Faktor für Kinder und Jugendliche, der gerade in der Stadt oft zu kurz kommt, ist das Spielen im Freien und der Zugang zu Grünflächen. Erst vor kurzem hat eine dänische Studie einen direkten Zusammenhang zwischen dem Aufwachsen in unmittelbarer Nähe von Wald, Wiesen, aber auch Parks und anderen Grünflächen und dem späteren Risiko, psychisch krank zu werden, untersucht: Kinder, die bis zum Alter von 10 Jahren in unmittelbarer Nähe von Grünraum aufwachsen, haben ein bis zu 55% geringeres Risiko einer psychischen Erkrankung. Auch andere Studien belegen, wie wichtig Bewegung im Freien und ein möglichst naher Zugang zu Grünflächen für die kindliche Entwicklung sind. Die erhobenen Daten, wie lange sich Kinder täglich im Freien aufhalten, sind jedoch alarmierend. 75% der Kinder verbringen demnach weniger als eine Stunde am Tag im Freien. Das bedeutet, dass sich Kinder kürzer im Freien aufhalten, als es die Menschenrechtskonvention verpflichtend für Gefängnisinsassen vorsieht.*

*Der Grünraum und damit die Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder im Freien sind in Graz sehr ungleich verteilt. Insbesondere die ärmeren Bezirke Jakomini, Gries und Lend verfügen trotz größerer Parkanlagen insgesamt über sehr wenig Grünraum im Verhältnis zur EinwohnerInnenzahl, wie auch im aktuellen Stadtentwicklungskonzept nachzulesen ist. In diesen Bezirken treffen für viele Kinder also zwei erhebliche Gesundheitsrisiken aufeinander, nämlich einerseits Armut und andererseits zuwenige gut erreichbare Grünflächen.*

*Unbestritten ist, dass aufgrund von Bevölkerungswachstum und Nachverdichtung nur begrenzter öffentlicher Raum in den innerstädtischen Bezirken zur Verfügung steht. Umso problematischer ist es, dass auch Wohnsiedlungen immer häufiger ohne eigenen Spielplatz errichtet werden. Die Möglichkeit für diese Vorgangsweise eröffnet das Steiermärkische Baugesetz, das Bauträger von ihrer Verpflichtung zur Errichtung eines Kinderspielplatzes entbindet, wenn ein öffentlicher Spielplatz in einem Umkreis von 500 Metern erreichbar ist. Dass 500 Meter aber gerade für kleinere Kinder eine weite Strecke sind, wissen alle, die selber Kinder haben.*

*Wenn Spielplätze in Siedlungen gebaut werden, sind das leider allzu oft eher lieblos errichtete Arrangements, die von den Kindern wenig genutzt werden. Erfolgreiche Projekte zeigen, dass Spielplätze in Siedlungen, die von Kindern mitgestaltet wurden, später auch viel besser funktionieren und genutzt werden. Um hier Verbesserungen zu erreichen, sollten Anreize für Bauträger geschaffen werden, wie beispielsweise ein Preis der Stadt Graz für „kinderfreundliches Bauen“.*

*Neben vielen vorbildlichen Maßnahmen, welche die Stadt im Bereich der Gesundheitsförderung bereits setzt oder plant, könnte das Gesundheitsjahr 2020/21 auch dafür genutzt werden, das Angebot an Spiel- und Freiflächen für Kinder insbesondere in den ärmeren Bezirken Gries, Jakomini und Lend deutlich zu verbessern. Mit diesem Fokus ließen sich Möglichkeiten zur Verbesserung finden, auch wenn der Raum knapp ist. Pocketparks auf kleinen Flächen, kreative Spiel- und Kletterobjekte im*

*öffentlichen Raum, ein noch besseres Nutzen der Grün- und Sportflächen in Schulen – das alles wären Möglichkeiten, um mehr Bewegungs- und Spielraum für unsere Kinder zu schaffen und damit ihre Gesundheit zu fördern.*

*Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden dringlichen Antrag:*

- 1.) Bürgermeister Siegfried Nagl als für den Grünraum zuständiges Stadtsenatsmitglied und Jugendstadtrat Kurt Hohensinner werden ersucht, einen Runden Tisch einzuberufen, in dessen Rahmen umsetzbare Ideen zur Verbesserung des Angebotes an Grün-, Spiel- und Bewegungsflächen für Kinder insbesondere in den Bezirken Gries, Lend und Jakomini entwickelt werden. Zu diesem Runden Tisch sollen neben den im Gemeinderat vertretenen Parteien die Bezirksvertretungen, die Abteilung für Grünraum, die Immobilienabteilung sowie ExpertInnen (Kinderbüro, Fratz Graz etc.) eingeladen werden.*
- 2.) Bürgermeister Siegfried Nagl als für die Stadtplanung zuständiges Stadtregierungsmitglied wird ersucht, die Möglichkeit einer Auszeichnung für „kinderfreundliches Bauen“ bzw. weitere Anreize für Bauträger zur kinderfreundlichen Gestaltung von Siedlungen zu prüfen.*
- 3.) Jugendstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, an ausgewählten Grazer Schulen in Gries, Jakomini und Lend die Möglichkeit von Beteiligungsprozessen zur besseren Gestaltung der Schulhöfe zu prüfen. Außerdem soll geprüft werden, ob weitere Schulhöfe im kommenden Sommer öffentlich zugänglich gemacht werden können.*

**GR Piffli-Percevic:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kollegin. Wir haben gerade deinen Vortrag gehört und es sind alles höchst unterstützungswürdige Anliegen. Wir bekennen uns dazu und wir können auch Daten vorweisen. Wir alle, indem wir bei namhaftesten Projekten, Beschlussfassungen

und sehr intensiv von deinen Zielen, die du auch ganz richtig dargestellt hast, haben leiten lassen. Ich nenne insbesondere die Bebauungspläne, wo wir selbstverständlich auch auf kinderfreundliche Gestaltung, namentlich auf die ausreichende Ausweisung von Park- und Grünraumflächen an die Straßenrandbegrünung usw., regelmäßig uns befassen. Ich erinnere nur an die verschiedenen Wortmeldungen auch in den Ausschüssen, wo wir gemeinsam daran arbeiten. Namentlich auch bei der Erstellung des Flächenwidmungsplanes, wo wir in keinem Fall systematisch Freiland, Grünland in Bauland gebracht haben, sondern diese Erholungsflächen selbstverständlich unberührt gelassen haben mit ganz wenigen Abrundungen. Wir haben weiters seit über 16 Jahren, seitdem erstmal unser Herr Bürgermeister Liegenschaftsreferent war, ganz planmäßig begonnen, und ich gebe zu, der Ankauf von privaten Flächen durch die öffentliche Hand ist kein Reflex der ÖVP schlechthin, aber wir haben uns nach ausführlicher Diskussion auch in verschiedenen Phasen der Kooperation während der letzten Perioden uns verstärkt für den Ankauf von Erholungsflächen und Grünraumflächen aus privater Hand für die Bevölkerung ausgesprochen. Wir haben weiters im Räumlichen Leitbild, Herr Bürgermeister hat das in der Anfragebeantwortung heute schon angeschnitten, das demnächst auch bei den Planungssprechern sozusagen den nächsten Durchgang hat und hoffentlich dann im Ausschuss und auch im Plenum mit dieser Relevanz befasst. Weiters, weil du auch ansprichst ganz namentlich die Kinderrelevanz. Ich darf nur berichten, es gibt Aktivitäten in der Abteilung der Stadtplanung. Es wird eine Spieleleitplanung im öffentlichen Raum gerade erstellt und man ist im Begriff, dieses Projekt zu beginnen unter Einbindung des Kinderbüros Fratz-Graz und, und, und (*Appl.*). Danke für die Zustimmung vorab. Wir haben weiters die Schulhöfe, die am Nachmittag frei stehen oder frei standen, planmäßig, wo immer es möglich ist, in Verwendung gebracht für Schulen und namentlich in den Defizitbezirken, die du anführst in deinem Antrag: Lend und Gries, etwa mit der Neuen Mittelschule Fröbel, wo wir insgesamt 17 Schulbereiche im Sommer wieder öffnen und sogar einige mit aktiver Bespielung, das ist die Fröbel im Bezirk Lend mit Fratz-Graz und das Poly mit dem Integrationsprojekt Gragustl in der Herrgottwiesgasse. Weiters erfreulich, nicht nur, weil ich Eggenberger bin, auch in der

Volksschule Algersdorf mit dem Jugendrotkreuz. Es sind hier die Prozesse unter Einbindung der Betreffenden im Gange ganz intensiv. Und wir stimmen nur aus dem Grunde heute der Dringlichkeit nicht zu beim Antrag, selbstverständlich ist der Inhalt dringlich, weil wir gerne aus den bezug habenden Abteilungen noch vor dem Sommer dem Ausschuss und dann auch dem Gemeinderat einen Bericht über all das vorlegen, was im Gange ist und du bist herzlich eingeladen oder alle sind herzlich eingeladen, sich dann für Verbesserungsvorschläge einzubringen. Vielen herzlichen Dank (*Allgem. Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werte Zuhörer, den Freigang von Gefängnisinsassen mit der Bewegung von Kindern an der frischen Luft zu vergleichen, das ist wohl Populismus pur. Ich bin auch zweifache Mutter und es liegt schon auch in der Verantwortung der Eltern, die Kinder an die frische Luft zu schicken. So viel vorab. Unbestritten ist die Wichtigkeit von Grünraum, deshalb ist der Grünraum bzw. die Grünsicherung in der Agenda 22 im Regierungsprogramm von Schwarz-Blau in der Stadt auch ein wichtiger Punkt. Auch bringt das neue Konzept der Stadtteilarbeit von Bürgermeister-Stellvertreter viele tolle Möglichkeiten mit sich. Durch die Aufwertung des Bezirkrates bei Projekten oder Ideen kommt es natürlich auch zu mehr Einfluss der Bürger, also zu mehr Bürgernähe, und wer weiß besser als die Bewohner vor Ort, die Bezirksräte vor Ort, wo Grünraum fehlt, wo Spielflächen fehlen etc. (*Appl.*)? Also ist vieles am Laufen, so wie mein Vorredner auch aufgezählt hat, eben auch die Grünraumoffensive und die Stadtteilarbeiten neu und deshalb ist für uns der Antrag auch nicht dringlich (*Allgem. Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Marak-Fischer:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen, liebe Manuela. Vielen Dank für diesen Antrag, dem ich aus vollem

Herzen und vollem Hirn, sozusagen, zustimmen kann. Denn ich glaube, es ist einerseits eine Frage des Gefühls, dass man weiß, dass Kinder Bewegung und frische Luft brauchen und es ist vor allem auch eine Frage der Logik und der Vernunft, darüber nachzudenken, wie die Stadt gestaltet sein muss und ich glaube, es ist vor allem auch ein soziales Kriterium, denn Kinder von den Eltern, die es sich leisten können, entweder nach draußen zu fahren oder die genug Zeit haben, um in den Park zu gehen oder die vielleicht sogar einen eigenen Garten und ein Einfamilienhaus in dieser Stadt haben, die werden kein Problem haben. Aber es ist ein soziales Problem und es ist ein Problem der Eltern, die eben nicht das Geld haben und die vielleicht in Gegenden wohnen, die Manuela hat die Gegenden auch aufgezählt, die besonders wenig Grünraum haben und genau für die Kinder sind wir auch zuständig und hier muss die öffentliche Hand und eben nicht der Private selbst dafür sorgen, dass die Kinder an die frische Luft kommen (*Allgem. Appl.*). Und, lieber Peter Piffli-Percevic, du hast sehr trefflich viele Maßnahmen aufgezählt, aber um jetzt in der Wirtschaftssprache mich einmal zu bewegen, du hast über den Input gesprochen. Aber glaubst du, wenn man den Output und die Effektivität betrachtet, dass dann die Bilanz stimmt? Ich glaube nicht. Der Input ist da, richtig, aber wenn man sich Graz eben in bestimmten Gegenden umsieht, dann muss man sagen, nein, das Ergebnis ist nicht so, wie wir es wollen. Und ich glaube, wir sollten uns immer anschauen, wo wollen wir hin und ist das schon erreicht? Auch wenn wir viele Maßnahmen bereits getroffen haben, das Ergebnis stimmt bei weitem noch nicht. Ich glaube, dass die Bevölkerung auch immer wieder in der Lebensqualitätsstudie z. Bsp. in bestimmten Bezirken sehr wohl anmerkt, dass einfach zuwenig Grünraum da ist.

*Zwischenruf GR Piffli-Percevic: Das hat niemand behauptet.*

**Marak-Fischer:**

Der Bericht ist eine tolle Sache, alle diese Projekte sind tolle Projekte, aber es reicht eben noch nicht und daher unterstützen wir sehr gerne den Antrag der Grünen und finden ihn einen guten Versuch, wie wohl die Bemühungen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft deswegen ja in keinster Weise geschmälert werden sollen. Danke (*Allgem. Appl.*).

**Taberhofer:**

Auch als KPÖ werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen und danken auch der Antragstellerin, dass sie das Thema in der Form aufgegriffen hat. Wir wissen, dass Grünraum knapp bemessen in gewissen Gegenden und ich kann mich erinnern, dass es da auch im Zusammenhang mit dem Steirischen Baugesetz und dem § 10 der Größe der Kinderspielplätze 2012 einen gemeinsamen Antrag gegeben hat in Form einer Petition an das Land, weil einfach klar ist, dass das, was im Gesetz vorgesehen ist, die Größe, die Quadratmetergröße, die verpflichtend vorgesehen ist, für Kleinkinder wohlweislich und die Errichtung eines Spielplatzes, dass das viel zuwenig ist und da wollte ich noch alle daran erinnern, das haben wir gemeinsam, nämlich alle, ÖVP, SPÖ, Grüne, BZÖ und wir, unterstützt (*Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*). Es hat sich nicht verbessert und nicht verändert und das halte ich aber für ganz wichtig, dass man weiß, die Kinderspielplätze in Wohnsiedlungen sind für die Kleinkinder gedacht und viel zu klein und für Jugendliche, denen mutet man zu, irgendwo hinzugehen, wo sie irgendwie Möglichkeiten haben, Natur- und Grünraum für sich zu nutzen und zu bespielen und ich denke, da sollte man doch nachdenken und vielleicht doch irgendwie umdenken und auch der Dringlichkeit und dem Inhalt des heutigen Antrages auch zustimmen (*Allgem. Appl.*).

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne, Neos) mit Mehrheit abgelehnt.***

**9.5 Nachhaltiger Schutz von Böden durch Stopp des Bodenverbrauchs  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner, Grüne)**

**GR<sup>in</sup> Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, das war jetzt ein bisschen überraschend, weil wir gedacht hatten, dass die ÖVP der Dringlichkeit zustimmt und das war aus der Wortmeldung eigentlich so zu verstehen, deshalb konnte meine Kollegin jetzt kein Schlusswort mehr sagen.

Ich komme zu meinem dringlichen Antrag. Da geht es um den nachhaltigen Schutz von Böden durch Stopp des Bodenverbrauchs.

*Zwischenruf GR Dr. Piffl-Percevic: Lass dich überraschen.*

**Pavlovec-Meixner:**

Bei meinem, da bin ich gespannt (*lacht*).

Im Jahr 2014 haben insgesamt zehn Organisationen, ua. auch das Ökosoziale Forum, dem ja unser Herr Bürgermeister vorsteht, aber auch die Landwirtschaftskammer, Umweltbundesamt, Hagelversicherung, Lebensministerium eine Bodencharta unterzeichnet, wo es darum geht, dass gefordert wird, den massiven Bodenverbrauch zu stoppen und die Ressource Boden nachhaltig zu schützen. Die Bodencharta nennt insgesamt vier Forderungen, damit die Bebauung hochwertiger landwirtschaftlicher Böden in Zukunft so weit wie möglich vermieden wird. Einerseits eben Öffentlichkeitsarbeit, dann gesetzliche Rahmenbedingungen z. Bsp. über eine Artikel-15a-Vereinbarung zwischen Bund und den Ländern. Dass der Bodenschutz bei Großprojekten beachtet wird und Ortskerne belebt und Leerflächen genutzt werden. Auch die Klimawandelanpassungsstrategie 2050, die vom Land Steiermark im



September 2015 verabschiedet wurde, setzt sich für die verstärkte Sicherung von ökologisch...

**Bgm.-Stv. Eustacchio:**

Bitte den Lärmpegel bitte ein wenig senken, das ist nur fair der Antragstellerin gegenüber. Danke.

**Pavlovec-Meixner:**

Danke vielmals. Mittlerweile ist der Klimawandel mitten in der Bevölkerung angekommen. Alle Menschen spüren das und neben Maßnahmen wie Energieeffizienzmaßnahmen oder Veränderung unseres Mobilitätsverhaltens, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu reduzieren, ist die Reduktion des Bodenverbrauchs als unerlässlicher Beitrag zur Änderung, dass der Klimawandel eben gestoppt wird bzw. zur Klimawandelanpassung. Ich möchte jetzt ein bisschen auf die Situation in Graz zu sprechen kommen, nämlich deshalb, weil der Bodenverbrauch in Graz wirklich ein Problem hat. Ich habe erst vor kurzem mit dem Herrn Mag. Köberl wegen Flächen geschaut für die Morgentaugärten im Osten von Graz und es ist wirklich schwierig, Ackerflächen zu finden, die man dann zur Verfügung stellen kann. Das ist natürlich auch ein Thema im Kontext mit Urban-Gardening, wo es auch immer darum geht, Bodenflächen zur Verfügung stellen zu können. Und wir haben in Graz nach wie vor hochwertige landwirtschaftliche Böden, besonders entlang der Mur, und die Braunerde-Böden auf den Niedertrassen in den südlichen Stadtbezirken Liebenau, Puntigam, Messendorf-Grund, St. Peter, Straßgang, Wetzelsdorf (*Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*) und natürlich auch Landwirtschaftsflächen in Alt-Grottenhof. Dieses fruchtbare Ackerland sollte auch im Sinne der Ernährungssouveränität weiterhin erhalten bleiben für den Anbau von landwirtschaftlichen Produkten für die Grazer Bevölkerung.

Daher stelle ich seitens der Grazer Grünen folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Der Gemeinderat bekennt sich:

- 1.) vollinhaltlich zu den Forderungen der Bodencharta 2014,
- 2.) verpflichtet sich im Sinne einer Selbstbeschränkung zur Verminderung der Bodenversiegelung und des Bodenverbrauchs sowie zum Schutz hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen und wird alles unternehmen, um dieser Zielsetzung, insbesondere bei seinen Beschlüssen zum Stadtentwicklungskonzept und zum Flächenwidmungsplan, gerecht zu werden,
- 3.) tritt am Petitionswege an das Land Steiermark mit dem Ersuchen heran, dass auch und speziell im südlichen Grazer Umland entsprechende gesetzliche Vorkehrungen im Bereich der Raumordnung örtliche Entwicklungskonzepte im Sinne des Motiventextes, der Bodencharta sowie der Klimawandelanpassungsstrategie 2050 erarbeitet und erlassen werden,
4. tritt am Petitionswege an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heran, ein österreichweites Bodenschutzprogramm als Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern mit konkreten Zielsetzungen und Grenzwerten gemäß Art. 15a B-VG in die Wege zu leiten.

Ich würde mich über eine Annahme meines dringlichen Antrages sehr freuen (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Im Jahr 2014 haben zehn Organisationen (Ökosoziales Forum, Klimabündnis, Gemeindebund, Lebensministerium, Landwirtschaftskammer Österreich, Umweltbundesamt, Österreichische Hagelversicherung, Handelsverband, Bundesforschungszentrum für Wald und b5-corporate soil competence) eine Bodencharta unterzeichnet. Alle Organisationen bekennen sich darin, den massiven Bodenverbrauch zu stoppen und die Ressource Boden nachhaltig schützen zu wollen.*

*Die Bodencharta 2014 nennt vier Forderungen, die vordringlich zu behandeln sind und darauf abzielen, die Bebauung hochwertiger landwirtschaftlicher Böden in Zukunft so weit wie möglich zu vermeiden und die Nutzung bereits entwickelter Flächen zu steigern. Konkret sollen der Wert des Bodens einer breiten Öffentlichkeit bewusstgemacht, die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert (Artikel 15a B-VG-Vereinbarung Bund-Länder für eine verbindliche Zielsetzung), der Bodenschutz bei Großprojekten beachtet sowie Ortskerne belebt und Leerflächen genutzt werden.*

*Auch in der Klimawandelanpassungs-Strategie Steiermark 2050 vom September 2015 wird die wichtige verstärkte Sicherung von ökologisch bedeutsamen Freiräumen (unzerschnittene naturnahe Räume, Lebensraumkorridore, Biotopvernetzung) und Minimierung weiterer Lebensraumzerschneidungen sowie die Vermeidung weiterer Bodenversiegelung gefordert.*

*Mittlerweile ist der Klimawandel großen Teilen der Bevölkerung bewusst und leider bereits für viele Menschen spürbar geworden. Neben vielen anderen wichtigen Maßnahmen wie der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durch u.a. Energie-Effizienzmaßnahmen und Änderungen in unserem Mobilitätsverhalten ist auch die Reduktion des Bodenverbrauchs als unerlässlicher Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimawandelanpassung zu sehen. Darüber hinaus dient die Erhaltung unserer fruchtbaren Böden auch der Ernährungssicherheit.*

*Auch im Stadtgebiet von Graz sind hochwertige landwirtschaftliche Böden unzureichend geschützt und vom rasanten Bodenverbrauch massiv betroffen. Dies sind insbesondere die Flächen entlang der Mur und die Braunerde-Böden auf den Niederterrassen in den südlichen Stadtbezirken Liebenau und Puntigam sowie Teile von St. Peter (Messendorf-Grund), Straßgang und Wetzelsorf wie z.B. die Landwirtschaftsflächen in Alt-Grottenhof. Dieses fruchtbare Ackerland mit seinem wertvollen Humus sollte auch im Sinne der Ernährungssouveränität weiterhin für den Anbau von landwirtschaftlichen Produkten für die Grazer Bevölkerung erhalten werden.*

*Daher stelle ich seitens der Grazer Grünen – ALG folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*Der Gemeinderat*

- 1. bekennt sich vollinhaltlich zu den Forderungen der Bodencharta 2014,*
- 2. verpflichtet sich im Sinne einer Selbstbeschränkung zur Verminderung der Bodenversiegelung und des Bodenverbrauches sowie zum Schutz hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen und wird alles unternehmen, um dieser Zielsetzung, insbesondere bei seinen Beschlüssen zum Stadtentwicklungskonzept und zum Flächenwidmungsplan, gerecht zu werden,*
- 3. tritt am Petitionswege an das Land Steiermark mit dem Ersuchen heran, dass auch und speziell im (südlichen) Grazer Umland entsprechende gesetzliche Vorkehrungen im Bereich der Raumordnung (REPRO, örtliche Entwicklungskonzepte u.ä.m.) im Sinne des Motiventextes, der Bodencharta sowie der Klimawandelanpassungsstrategie 2050 erarbeitet und erlassen werden,*
- 4. tritt am Petitionswege an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heran, ein österreichweites Bodenschutzprogramm als Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern mit konkreten Zielsetzungen und Grenzwerten gemäß Art. 15a B-VG in die Wege zu leiten.*

**GR<sup>in</sup> Braunersreuther:**

Liebe KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen, liebe Andrea, ich melde mich jetzt ganz schnell zur Dringlichkeit zu Wort, weil man weiß ja nie eben, wie ein Antrag abgestimmt wird. Es ist wirklich ein ganz, ganz wichtiger und auch inhaltlich großartiger Antrag, für den ich mich auf diesem Weg erstmals bedanken möchte. Wir

können das eigentlich alles vollinhaltlich unterschreiben und werden natürlich gerne zustimmen. Wir haben ja selbst auch schon auf mehreren Ebenen in diese Richtung immer wieder hingearbeitet. Zum Erhalt der Böden, nämlich im Flächenwidmungsplan, den wir zum Teil ja nicht zuletzt deswegen kritisch sehen, weil eben solche wertvollen Flächen verbaut werden können, zudem geht es darüber hinaus dann meistens noch um Flächen, die auch schlecht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind. Also da hat man quasi doppelt negativen Effekt. Dann haben wir auch eine große Entsiegelungsoffensive gestartet. Das wissen wir alle, dass wir für ein gutes Stadtklima und vor allen Dingen gegen diese hohen Feinstaubwerte viel unversiegelten Raum brauchen, auf dem Regenwasser versickern kann oder auch verdunsten. Das würde das sehr stark verbessern, aber es geht natürlich auch gerade um diesen Erhalt jetzt hier dieser landwirtschaftlichen Böden und deshalb auch unser großes Engagement damals für Alt-Grottenhof, wo um das noch einmal deutlich in Zahlen zu sagen, von eh eigentlich nur 27,5 Hektar wertvollsten Bioackerboden fünf Hektar verkauft werden sollten zum Erhalt einer Schule, die halt dann keinen Acker mehr hat und da fragt man sich natürlich, ist einem so etwas nicht wichtig? Bei einer Biomusterschule, die als erste mit dem österreichischen Biopreis ausgezeichnet wurde. Aber es geht generell eben auch um den Erhalt unseres Lebensraumes. Österreich ist Versiegelungseuropameister. Täglich werden ca. 30 Fußballfelder zubetoniert und das lässt sich nicht so einfach wiederherstellen. Diese wertvollen Böden, um die es hier geht, dieser Humus, 1 cm Humus-Schicht braucht 100 Jahre, um nachgebildet zu werden. Wenn man sich das verdeutlicht, dann weiß man, dass ein bisschen Beton aufreißen, dann auch nicht viel geholfen ist. Deswegen müssen wir da jetzt ganz dringend ansetzen und solche Anträge helfen dabei. Ich hoffe auch auf die Zustimmung (*Allgem. Appl.*).

**GR Topf:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Antragstellerin. Wir sehen dieses Thema auch als dringlich. Wir

stimmen der Dringlichkeit zu. Wir werden aber zum Inhalt einen Abänderungsantrag einbringen (*Allgem. Appl.*).

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

**GR<sup>in</sup> Marak-Fischer:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen, liebe Antragstellerin. Vielen Dank für diesen hervorragenden Antrag, den wir inhaltlich voll unterstützen möchten. Wir weisen ebenfalls schon seit längerem darauf hin, dass die Stadt hier ganz sicher in eine falsche Richtung geht. Dass zuviel und zu auslandend gebaut wird, zu viele Flächen versiegelt werden, der Grünraum schwindet. Obwohl immer wieder die Rede von einer Grünraumoffensive ist, sieht man davon immer nur sehr wenig und das, was man sieht, sind die Baukräne, über die sich unser Herr Bürgermeister, wie er immer wieder in Interviews betont, sehr freut, die Bürger und Bürgerinnen in der Regel sich aber gar nicht freuen und mittlerweile schon höchst beunruhigt sind. Im Falle von landwirtschaftlichen Flächen hat es eh auch die Christine Braunersreuther jetzt schon gut ausgeführt. Es ist nun einmal unwiederbringlich weg, wenn der Humus einmal abgetragen ist und das lässt sich nicht einfach mehr so rückgängig machen. Von der Ernährungssituation her brauchen wir, denke ich, überhaupt nicht mehr nachzudenken, weil es leider Gottes für ganz Österreich mittlerweile bereits zutrifft. Den Abänderungstrag von Kollegen Topf, der jetzt noch nicht eingebracht ist, aber den wir im Vorfeld ja natürlich schon kennen. Da kann man nur sagen, leider wieder ein Ablenkungsantrag. Und ich persönlich halte das nicht für gut, immer wieder an irgendwelchen anderen Stellen anstatt, dass wir uns hier im Gemeinderat und die Stadtregierung und in aller erster Linie natürlich der Herr Bürgermeister sich dieser Verantwortung stellt.

*Zwischenruf GR Lohr: Wer soll es denn sonst machen?*

**Marak-Fischer:**

Ich halte nichts davon, es immer wieder auf Abteilungen, auf Land, Bund oder sonst wohin abzulenken. Ich glaube, dass wir uns damit beschäftigen müssen. Ich glaube, dass wir ein Bekenntnis dazu abgeben müssen und ich glaube, das ist eine politische Verantwortung, und die Experten haben sich oft genug schon geäußert. Wir müssten nur irgendwann einmal doch das tun, was Experten sagen und was das Land betrifft, so haben wir gemeinsam auch schon eine Petition an das Land gerichtet, dass endlich dann auch in das Raumordnungsgesetz des Landes der Versiegelungsgrad Einzug hält. Ich glaube, da müssen wir alle miteinander auch dranbleiben. Es ist eine ganz wichtige Geschichte. Aber diese Hausaufgabe sozusagen haben wir ja schon an das Land weitergegeben. Das Land muss die Hausaufgabe jetzt halt auch noch machen. Vielen Dank (*Allgem. Appl.*).

**GR Topf:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter. Genau das, was du sagst, möchte ich eben mit meinem Abänderungsantrag ein bisschen relativieren. Es hat nicht viel Sinn, wenn wir in den Punkten 3 und 4 Petitionen in alle Richtungen schicken. Das hat bis jetzt da und dort nicht sehr gefruchtet. Deshalb möchte ich auch zuerst einmal feststellen, liebe Andrea, ich persönlich bedaure es sehr und möchte es auch anmerken, dass du nicht mehr in den von mir jetzt im Antrag angeführten Ausschüssen tätig bist. Weil genau dort werden diese Dinge im Detail immer wieder, und das ist auch von Peter Piffli-Percevic vorher schon angedeutet und angeführt worden, immer wieder diskutiert. Der Grazer Gemeinderat hat sich in den zahlreichen Beschlüssen zum 4.0 Flächenwidmungsplan, zum 4.0 StEK sowie in den laufenden Beratungen und Beschlussfassungen der Bebauungspläne, auch das wurde schon vorher angeführt, speziell auch mit dem Thema der Bodenversiegelung befasst. Ich denke nur an die

Diskussion und freiraumplanerischen Standards, die sich ausdrücklich mit der Bodenversiegelung beschäftigen und wo wir nach wie vor in Diskussion sind, wie können wir diese Verminderung der Bodenversiegelung auch sozusagen griffig in eine Verordnung oder möglicherweise auch in einen Gesetzestext gießen. Diese Themen sind nach wie vor, wie gesagt, schon dringlich, keine Frage. Dazu haben wir auch zugestimmt, aber wir möchten das doch nicht wegschieben von uns, sondern insbesondere in den dafür zuständigen Ausschüssen nämlich intensiv diskutieren. Deshalb darf ich den Antrag des Gemeinderatsclubs der ÖVP stellen, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die Magistratsabteilungen A 10/5 – Abteilung für Grünraum, A 14 – Stadtplanungsamt und A 23 – Umweltamt werden um inhaltliche Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten der angeführten Punkte sowie um entsprechende Vorschläge ersucht und ist darüber in den Ausschüssen für Stadt und Grünraumplanung bzw. Umwelt und Gesundheit zu berichten. Ich bitte um Annahme dieses Abänderungsantrages.

*Originaltext des Abänderungsantrages:*

*Der Grazer Gemeinderat hat sich in zahlreichen Beschlüssen zum 4.0 Flächenwidmungsplan, 4.0 STEK sowie in den laufenden Beratungen und Beschlussfassungen der Bebauungspläne und bei der Behandlung des Räumlichen Leitbildes speziell auch mit dem Thema der „Bodenversiegelung“ befasst und stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP den Antrag, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*Die Mag. Abteilungen A10/5-Abteilung für Grünraum, A14 – Stadtplanungsamt und A23 – Umweltamt werden um inhaltliche Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten der angeführten Punkte sowie um entsprechende Vorschläge ersucht und ist darüber den Ausschüssen für Stadt- und Grünraumplanung bzw. Umwelt und Gesundheit zu berichten.*



**GR Dreisiebner:**

Sehr geehrter Herr Topf, mir wäre es auch lieber, wenn man nicht immer wieder Petitionen brauchen würden. Aber gerade was das Raumordnungsrecht betrifft, weißt du es mindestens so gut wie die anderen Ausschussmitglieder, dass wir da unter Umständen halt auch einmal anstehen und im Punkt 3 z. Bsp. ist auch der Bereich des Grazer Umlandes, sprich andere Standortgemeinden, angesprochen. Darüber können wir als Gemeinde schon gar nicht befinden, plus, wie gesagt, auch der beschränkten Möglichkeiten, die uns als Standort der Gemeinde unter Umständen bleiben und dass man den Bund in die Richtung auch in irgendeiner Form mitnimmt, da kann man noch diskutieren, aber, wie gesagt, wir halten es nicht für verkehrt, es ist keine feindliche Attacke gegen eine Regierung aufgrund der Farbenkonstellation. Das bitte, so war es nicht gedacht. Und schlussendlich, ja, im Ausschuss zu sitzen, ist ganz, ganz wichtig und es wird dort nicht sehr oft, aber doch natürlich auch über dieses Thema geredet. Wir werden auch jetzt wieder beim Räumlichen Leitbild das wieder als Thema haben und, das haben wir seit einem Jahr eigentlich nicht mehr gehabt, über diese Punkte intensiv reden müssen. Also bitte ich noch einmal zu bedenken, ob du den Abänderer aufrechterhalten willst, weil es nicht ganz ohne Sinn wäre (*Allgem. Appl.*)?

**Pavlovec-Meixner:**

Möchte mich zu allererst meinen KollegInnen für die unterstützenden Worte bedanken. Ganz herzlich bedanken.

*Zwischenruf GR Frölich: Danke.*

**Pavlovec-Meixner:**

Ich habe dich nicht als Kollegin wahrgenommen, aber bitte.

*Zwischenruf GR Frölich: Dachte es ist das Binnen-i (Allgem. Appl.).*

**Pavlovec-Meixner:**

Da möchte ich zum Georg Topf Folgendes sagen: Also ich kann das nicht ganz nachvollziehen mit dem Abänderungsantrag, zumal aus dem Antragstext ja sich kein Widerspruch ergibt zum bestehenden Stadtentwicklungskonzept bzw. Flächenwidmungsplan, wenn es um künftige Entscheidungen geht. Es verwundert mich auch, warum man keine Petition an den Bund machen soll, die sogar in der Bodencharta verlangt wurde. Die auch, wie ich schon gesagt habe, vom ökosozialen Forum unterstützt wurde und ich glaube auch, dass diese Petition an das Land möglich ist. Ich möchte dir eine Sorge nehmen, ich bin erst seit kurzem wieder Mitglied des Planungsausschusses, es ist also nicht so, dass du damit rechnen kannst, dass ich dort nicht sein werde, nicht agieren werde (*Allgem. Appl.*).

*Zwischenruf GR Topf: Ich habe gesagt, ich bedaure, dass du nicht mehr dabei bist.*

**Pavlovec-Meixner:**

Was den Umweltausschuss betrifft, glaube ich, dass man zumindest im Wärmebereich in der Energiepolitik einiges weitergebracht haben, lieber Georg, auch gemeinsam weitergebracht haben. Deshalb konnte ich ja ruhigen Gewissens den Umweltausschuss an meine Kollegin Tamara Ussner übergeben und wieder in den Planungsausschuss zurückkehren und ich glaube, da werden wir einige Diskussionen haben. Ich hoffe wirklich sehr, dass diese Vorberatungen in den Abteilungen zu einem positiven Ergebnis kommen und dass wir das dann im Ausschuss diskutieren werden und dass wir gerade zu dem Thema Bodenverbrauch einen großen Schritt weiter machen. Danke (*Allgem. Appl.*).

**Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.**

**Vorsitzwechsel – StR Hohensinner übernimmt den Vorsitz (15.55 Uhr).**

**9.6 Rauchverbot auf Spielplätzen/rasche Klärung der Verantwortlichkeit und  
Setzung weiterer Maßnahmen  
(GR Mag. Ehmann, SPÖ)**

**GR Ehmann:**

Herr Vorsitzender, geschätzte KollegInnen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie. Der Wunsch nach einem Rauchverbot auf Spielplätzen. Wir diskutieren das ja schon seit vielen Jahren. Ich glaube, 2014, wo das erste Mal von unserer Kollegin Gemeinderätin Alex Marak-Fischer eingebracht wurde, ua. dann auch von der heutigen Nationalrätin, damaligen Gemeinderätin Martina Kaufmann in unterschiedlicher zeitlicher Abfolge, das war 2017. Also wir haben uns mit diesem Thema intensivst auseinandergesetzt und dass uns das wichtig und ein Anliegen ist, glaube ich, hier allen, ich glaube, das dürfe unisono hier Meinung sein. Was jetzt ein bisschen das Problem dabei gewesen ist, ist auf der einen Seite hat die Bewertung durch die Präsidiale bzw. durch die Stadt Graz ergeben, wie damit umzugehen ist und wie die Einschätzung der Magistratsabteilung hier ist, liegt auf, das gibt es. Daher wurde auf Bundesebene ein Vorstoß gemacht und hier ein entsprechender Antrag eingebracht. Es war die SPÖ-Abgeordnete Karin Greiner aus Graz-Umgebung, die das dort eingebracht hat und dort ist dann ein bisschen die Chuzpe entstanden und der mysteriöse Stand, dass quasi die Bundesebene ausrichten lässt, naja, das könntet ihr als Kommune bzw. als Gemeinde eh selbst machen und selbst in die Hand nehmen. Und da bin ich halt oder wir der Meinung, dass das einen dringenden Klärungsbedarf hat, nämlich wer hat jetzt wirklich

die Zuständigkeit? Ist es die Stadt, dann setzten wir es als Stadt so rasch als möglich um, ist es wirklich der Bund, dann bitten wir den Bund noch einmal intensiv, dass es hier eine entsprechende Gesetzesänderung gibt, wenn es nicht so ist, dass die Gemeinden das selbst machen können und daher haben wir uns zu diesem dringlichen Antrag entschieden. Der Motiventext liegt auf. Ich glaube, es ist wirklich wichtig im Sinne der Prävention, auch weiter in der Folge der Suchtprävention auch für unsere Kinder und Jugendlichen, aber auch Eltern, dieses Anliegen voranzutreiben. Es kommt ja auch aus dem Kindergemeinderat ursprünglich, die es damals schon eingebracht haben und auch erkannt haben, dass das ein dringender Wunsch wäre. Und daher verkürze ich die Diskussion, weil es klar ist, um was es geht und deshalb namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

**dringlichen Antrag:**

- a) Generationenstadtrat, deshalb, weil er für mehrere Generationen, es ist eh freundlich formuliert, weil er für mehrere Generationen zuständig ist, Kurt Hohensinner wird ersucht, umgehend mit den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung zu klären, aufgrund welcher gesetzlicher Bestimmungen Städte und Gemeinden, entgegen ursprünglichen Aussagen, nunmehr angeblich doch ein allgemeines Rauchverbot auf öffentlichen Spielplätzen verordnen können und in weiterer Folge die erforderlichen Schritte einzuleiten, ein solches Rauchverbot für öffentliche Spielplätze in Graz zu verordnen. Dem Gemeinderat ist bis zur nächsten Sitzung im Mai 2019 ein entsprechender Bericht über die Kompetenzklärung und die weitere Vorgangsweise vorzulegen.
- b) Für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass die Aussage der Bundesebene, die Verordnung eines allgemeinen Rauchverbotes auf Spielplätzen läge in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden, unrichtig ist, werden Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Generationenstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, über den Städtebund eine entsprechende Klarstellung gegenüber der Bundesregierung anzuregen und diese auffordern zu lassen, dringendst

entsprechende gesetzliche Grundlagen zu schaffen, dass Städte und Gemeinden tatsächlich ein Rauchverbot auf Spielplätzen erlassen können. Auch darüber ist dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung ein Bericht vorzulegen.

Und den Abänderungsantrag, der ja auch aufliegt und eingebracht werden soll, da möchte ich ebenfalls anmerken, das ist halt auch wieder ein Schieben von der politischen Verantwortung weg zu den Abteilungen. Weil, wenn die Abteilung eh schon gesagt hat, dass sie das so sieht, und auf der Bundesebene die andere Abteilung sagt, sie sieht das so, dann bedarf es einer politischen Klärung und deshalb auch politische Verantwortlichkeiten und deshalb haben wir den Antrag so formuliert, wie er ist und haben den jetzt auch damit eingebracht. Danke (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Der Wunsch nach einem Rauchverbot auf Spielplätzen ist ein Thema, das uns schon seit Jahren beschäftigt – nicht ohne Grund: Ein solches Rauchverbot ist nicht nur ein dringender Wunsch vieler Eltern, die schlicht und einfach unter anderem aus gesundheitlich-hygienischen Gründen der Tschikstummel wegen, aber auch wegen Vorbildfunktion, ein solches für Spielplätze einfordern, auch der Grazer Kindergemeinderat hat sich schon mehrmals mit diesem dringenden Wunsch an die Politik gewandt. Nicht zuletzt deshalb hatte unter anderem bereits im Juni 2014 SPÖ-Gemeinderätin Alexandra Marak-Fischer in einem Dringlichkeitsantrag, der im Übrigen einstimmig angenommen wurde, die Überprüfung der Einführung eines solches Rauchverbotes eingefordert. Eine ähnliche Initiative folgte 2017 durch die nunmehrige VP-Nationalratsabgeordnete und damalige Gemeinderätin Martina Kaufmann.*

*Das ernüchternde Ergebnis: Leider wäre die Stadt, so lautete nach langwierigen Prüfungen die Conclusio, rechtlich gar nicht in der Lage, auf Spielplätzen ein Rauchverbot zu verhängen. Öffentliches Gut, zu denen eben die Spielplätze zählen, sei nämlich grundsätzlich von jedem Bürger nutzbar, jede Nutzungseinschränkung wie etwa ein Rauchverbot stelle einen Eingriff in den „Gemeingebrauch“ dar. Es bedürfe*

*einer Gesetzesänderung auf Bundesebene. Worauf Bürgermeister Nagl erfreulicherweise ankündigte, sich für eine solche gesetzliche Änderung bei der Bundesregierung stark machen zu wollen.*

*Umso mysteriöser ist jetzt der aktuelle Stand der Dinge: Ein entsprechender Vorstoß von SP-NAbg. Karin Greiner im Parlament für ein österreichweites allgemeines Rauchverbot auf Spielplätzen wurde nun von ÖVP und FPÖ auf Bundesebene abgeschmettert. Der Grund: Derartiges sei gar nicht notwendig, dafür seien ohnehin Städte und Gemeinden zuständig, befanden Bundesregierung und Parlamentsmehrheit. Die könnten das ohnedies tun.*

*Dieses Ping-Pong betreffend die Verantwortlichkeit, in wessen Kompetenz nun tatsächlich ein Rauchverbot auf Spielplätzen fällt, ist kein Spiel mehr – das ist bedenklich, um nicht zu sagen unverantwortlich, und bedarf einer dringenden Klärung: Darf die Stadt wirklich – dann sollte sie es nämlich endlich tun. Und darf die Stadt nicht, weil die gesetzliche Vorgabe durch den Bund fehlt – dann sollten Bundesregierung und Parlamentsmehrheit Farbe bekennen und endlich die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein Rauchverbot auf Spielplätzen erlassen werden kann – oder sich dazu bekennen, dass ihnen egal ist, ob Spielplätze verqualmt werden oder nicht.*

*Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den dringlichen Antrag:*

- a) Generationenstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, umgehend mit den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung zu klären, aufgrund welcher gesetzlicher Bestimmungen Städte und Gemeinden – entgegen ursprünglichen Aussagen – nunmehr angeblich doch ein allgemeines Rauchverbot auf öffentlichen Spielplätzen verordnen können und in weiterer Folge die erforderlichen Schritte einzuleiten, ein solches Rauchverbot für öffentliche Spielplätze in Graz zu verordnen. Dem Gemeinderat ist bis zur nächsten Sitzung im Mai 2019 ein*

*entsprechender Bericht über die Kompetenzklärung und die weitere Vorgehensweise vorzulegen.*

- b) *Für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass die Aussage der Bundesebene, die Verordnung eines allgemeinen Rauchverbotes auf Spielplätzen läge in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden, unrichtig ist, werden Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Generationenstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, über den Städtebund eine entsprechende Klarstellung gegenüber der Bundesregierung anzuregen und diese auffordern zu lassen, dringendst entsprechende gesetzliche Grundlagen zu schaffen, dass Städte und Gemeinden tatsächlich ein Rauchverbot auf Spielplätzen erlassen können. Auch darüber ist dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung ein Bericht vorzulegen.*

**StR Hohensinner:**

Danke, Herr Klubobmann. Ich möchte nur ganz kurz sagen: Ich denke, es ist kein politisches Thema, sondern ein Thema, wenn es möglich ist, sollte man es umsetzen. Ich frage, wer möchte sich zu Wort melden?

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, hohe Stadtregierung, lieber Kinder-, Jugend- und Familienstadtrat, so steht es offiziell geschrieben. Du bist natürlich für alle Generationen da, du bist in der Stadt der Menschenrechte auch Menschenrechtsstadtrat und Lebensqualitätsstadtrat, aber offiziell bist du doch unser Stadtrat für Kinder-, Jugend- und Familiensoziales. In aller Kürze, Michi Ehmann, Herr Klubobmann, inhaltlich sind wir uns alle einig, wir wollen das Rauchverbot auf den

Spielplätzen. Aber, wie Herr Stadtrat schon eingangs gesagt hat, das ist eben jetzt nicht politisch zu entscheiden, sondern da sind die Juristen am Wort. Deshalb ganz einfach, dein Antrag geht „return to sender“, es ist der falsche Empfänger. Der richtige Empfänger ist die Präsidualabteilung unserer Stadt mit hochkarätigen Juristen, deswegen unser

**Abänderungsantrag:**

Die Präsidualabteilung der Stadt Graz wird beauftragt, unter Einbeziehung der aktuellen Argumente des Nationalrates eine neuerliche Prüfung vorzunehmen, inwieweit die Verordnung eines Rauchverbots auf Kinderspielplätzen mittels ortspolizeilicher Verordnung möglich ist bzw. unter welchen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen ein solches wirksam verordnet werden könnte.  
Bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des Abänderungsantrages:*

*Zum angeführten dringlichen Antrag stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden Abänderungsantrag:*

*Die Präsidualabteilung der Stadt Graz wird beauftragt, unter Einbeziehung der aktuellen Argumente des Nationalrats eine neuerliche Prüfung vorzunehmen, inwieweit die Verordnung eines Rauchverbots auf Kinderspielplätzen mittels ortspolizeilicher Verordnung möglich ist bzw. unter welchen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen ein solches wirksam verordnet werden könnte.*

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, inhaltlich sind wir alle einer Meinung. Das ist klar, dass das so schnell wie möglich kommen soll und umgesetzt werden sollte. Ja, wir sehen das eigentlich so wie die SPÖ. Ich verstehe eigentlich nicht, warum es da schon wieder einen Abänderungs- oder wie du, Alexandra, immer so schön sagst,



Ablenkungsantrag geben muss? Warum das nicht an die Person adressiert sein kann, die auch politisch verantwortlich für das Thema ist? Weil, ich würde dich, Kurt, eben schon auch in der politischen Verantwortung sehen, das zu klären und das Thema aufzugreifen. Und was ich grundsätzlich sagen möchte, eigentlich ist es doch absurd, dass seit fünf Jahren man probiert, irgendeine Lösung für das Thema zu finden und ich möchte echt an uns alle appellieren, solche Sachen müssen einfacher schneller gehen. Wenn wir wollen, dass die Menschen noch irgendein Interesse und Glauben an die Politik haben, muss es doch möglich sein, so etwas Simple wie ein Rauchverbot an Spielplätzen umzusetzen und nicht über Jahre hin- und herzuschieben und niemand fühlt sich richtig zuständig. Das ist ja völlig absurd und ich hoffe, dass man das ziemlich schnell jetzt einmal auf die Wege bringen. Danke (*Allgem. Appl.*).

*Zwischenruf GRin **Potzinger**: Aber, wir leben noch immer in einem Rechtsstaat.*

**StR Hohensinner:**

Ich möchte nur eines sagen, auch für meine Fraktion, natürlich es ist für uns dringlich. Wenn ich jetzt auch deine Argumentation weiterführen dürfte, diese neue Information haben wir erst kürzlich erfahren, weil es in einem Protokoll von einem Unterausschuss in Wien ebenso drinnen gestanden ist, ein Anruf in mein Büro hätte gereicht, dass ich sofort alles in die Wege geleitet hätte. Das heißt, der Zeitpunkt, wo man das hier dringlich einbringt, hebt man das wieder auf eine parteipolitische Ebene und, glaubt mir das, mit dem Kinderparlament bin ich im regen Austausch, wenn wir das nur irgendwie möglich machen können. Ich hasse es, dass auf den Kinderspielplätzen die Tschickstummeln herumliegen. Ich habe selbst zwei kleine Kinder. Für die ganz Kleinen ist es gefährlich, wenn die es aufsammeln und in den Mund stecken. Also bitte, wir werden alles daransetzen, dass man das Rauchen verbietet und das Präsidialamt, da haben wir Topjuristen, die werden es herausfinden. Falls das nicht in unserer eigenen Kompetenz liegt, dann werden wir ein Stück vorbereiten Richtung Wien, wird sicher

von allen Fraktionen unterstützt und dann werden wir schauen, dass es auf Bundesebene geklärt wird. Bitte halten wir da die Parteipolitik heraus, ich unterstelle es jetzt niemandem, ich sage einfach, es ist schön, dass es uns allen darum geht, dass wir möglichst schnell ein Rauchverbot auf den Kinderspielplätzen zustande bringen (*Allgem. Appl.*).

**Ehmann:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, danke für eure Wortmeldungen. Kollegin Potzinger ja, hochkarätige Juristen, das ist unbestritten. Das ist auch von uns unbestritten, aber da gibt eben schon Einschätzungen dazu seitens der Stadt Graz, wie seitens der Kommune oder Gemeinde es ausschaut und in Wien gibt es halt eine andere Einschätzung offensichtlich und deshalb der Zugang der politischen Ebene, dass man sagt, hier muss man darauf drängen, um initiativ hier eine Entscheidungsfindung zu beschleunigen und zu unterstützen. Und das finde ich schon lustig, dass dann ein bisschen so auch der parteipolitische Vorwurf kommt (*lacht*), weil kommt es von euch, ist es politisch gescheit, kommt es nicht von euch, ist es natürlich der Rechtsstaat und die Magistratsebene und was auch immer.

*Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.*

**Ehmann:**

Also, das ist ein bisschen ein durchsichtiges Spiel. Daher unabhängig, wie es jetzt geht, ob der Abänderer oder Dringliche angenommen wird, die Sache wird auf jeden Fall aufgenommen. Das ist gut so und das ist auch für die Kinder und für die Jugendlichen auf den Spielplätzen letztendlich gut, aber ja, bei diesem Geplänkel werden wir da nicht weiter uns beteiligen. Danke (*Allgem. Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde (gegen SPÖ und Grüne) mit Mehrheit angenommen.***

**9.7 „Grazer Bildungspaket“ als Reaktion auf den Bildungsbericht des Bundes und als unterstützende Maßnahme gegen ein Zwei-Klassen-Pflichtschulmodell (GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Marak-Fischer, SPÖ)**

**GR<sup>in</sup> Marak-Fischer:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender und gleichzeitig fast Adressat dieses Antrages oder Mitadressat, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen. Das Thema ist ein Thema, über das wir hier immer wieder sprechen. Es gibt in den Grazer Schulen sehr unterschiedliche Bedingungen und es gibt Kinder, die einfach sehr unterschiedliche soziale und finanzielle Hintergründe aufweisen und es ist ein Spezifikum von Graz, aber auch anderer Städte, dass es hier regionale Unterschiede gibt, dass es Bezirke gibt, mit besonders vielen Kindern aus schwierigen Hintergründen und es gibt andere Gegenden, wo völlig andere Bedingungen sind. Ähnlich ist dann aber auch die Ausstattung der Schule selbst. In den einen Schulen gibt es finanzstarke Elternvereine oder Sponsoren, die noch das eine oder andere Zusatzprojekt finanzieren, Sprachförderung finanzieren, Englisch, Nativ-speaker usw. finanzieren können und andere Gegenden wiederum, wo es teilweise nicht einmal einen Elternverein gibt und wo also auch hier nicht zusätzlich unterstützt werden kann. Die neue, stärkere Schulautonomie hat hier sich erwiesen, vor allem bei der Auswahl der Lehrenden, als nicht besonders unterstützend und der vor ungefähr zwei Wochen präsentierte Bildungsbericht des Bundesministers Heinz Faßmann hat gezeigt, dass die Schere zwischen den unterschiedlichen Schulstandorten leider weiter auseinandergeht, also es noch vor ein paar Jahren war. Die Schulen tun sich teilweise, auch in Wien hört man das immer wieder, sehr schwer bereits, geeignetes Personal zu finden, weil die Arbeitsplätze auch nicht unbedingt zu den attraktivsten Arbeitsplätzen gehören. Und wenn die Lehrerinnen und Lehrer sich den Job aussuchen können, sich

dann oft für Schulen mit leichteren Bedingungen entscheiden. Die Deutschförderklassen, die es erst seit diesem Schuljahr gibt, bis zu 25 Kindern in einer Deutschförderklasse ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse haben sich, wie von uns im Übrigen bereits mehrmals und immer wieder auch aufgezeigt, nicht unbedingt zu unserer Überraschung als nicht gerade förderlich in dieser Richtung erwiesen. Kleinere Gruppen, kleinere Klassen, Integration miteinander halten wir sicher für die bessere Möglichkeit und natürlich braucht es massiv bessere Ausstattung in diesen Schulen. Vieles davon ist jetzt natürlich nicht Sache der Stadt. Ich habe diesen Antrag aber bewusst nicht als Petition, wir haben, glaube ich, genug Petitionen hier in diesem Raum formuliert, sondern ich habe ihn so formuliert, dass die Stadt Graz in ihrem eigenen Wirkungs- und Zuständigkeitsbereich sich Gedanken machen soll, was zur Linderung dieses Problems beigetragen werden kann. Und dafür gibt es ganz sicher viele Möglichkeiten. Ich weiß, du machst vieles für viele Standorte. Aus unserer Sicht bräuchte es hier auch nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern gezielt in den Standorten, wo es eben schwieriger ist, die allerbesten Ausstattungsmöglichkeiten, Bewegungsmöglichkeiten, Grünraum, besonders in diesen Schulen noch mehr Grünflächen und Bewegungsplätze, die besten Arbeitsplätze für die Lehrerinnen und Lehrer, das heißt, auch die räumlich besten Arbeitsplätze, EDV-Ausstattung usw. speziell in diesen Standorten, um die Attraktivierung zu erhöhen, spezielle Schwerpunkte in diesen Standorten usw., aber auch, er ist jetzt nicht da, aber im Bereich des sozialen Wohnbaues müsste man natürlich präventiv schon viel machen, damit es gar nicht erst zu einer Kumulierung von Gegenden gibt, wo besonders viele finanzschwächere Familien wohnen, und, kleiner Seitenhieb, nachdem wir es heute schon ein paar Mal gehabt haben das Thema, Kinder, die 1,20 Euro pro Tag zur Verfügung bekommen, werden ganz sicher nicht die optimalsten Bedingungen vorfinden und genau diese Kinder sind es auch, die sich hier speziell in diesen Schulen dann auch finden.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Potzinger: Die Familienbeihilfe bekommen die genauso, das lässt ihr immer aus.*

**Marak-Fischer:**

Das kriegt jedes Kind, das ist richtig, Gott sei Dank. Aber, sogar da gibt es mittlerweile ja schon Abstufungen für die Kinder, die nicht hier leben. Aber das ist etwas anderes. Ich komme jetzt also zum eigentlichen dringlichen Antrag: Alle zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, im Sinne des Motivenberichtes unter Koordinierung des Bildungsstadtrates an der Ausarbeitung eines „Grazer Bildungspakets“ mitzuwirken, um die Grazer Pflichtschulen gegen das sich im aktuellen Bildungsbericht abzeichnende Auseinanderdriften der Schulstandorte entgegenzuwirken und damit für Chancengerechtigkeit aller Grazer Kinder zu sorgen (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Der aktuelle Bildungsbericht, der vor ein paar Tagen von Bundesminister Heinz Faßmann präsentiert wurde, hat leider sehr deutlich gezeigt, dass sich die Schere zwischen Schulen mit schwierigen Bedingungen, den sogenannten „Brennpunktschulen“, und den Schulen mit vielen Kindern aus bildungsnahen Familien sukzessive weiter verstärkt. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Wir bewegen uns immer mehr in Richtung eines Zwei Klassen-Bildungssystems, das naturgemäß nachhaltige mittel- und langfristige Folgen nach sich zieht. Denn während die einen durch hohe Bildungsstandards beste Ausbildungs-, Qualifizierungs- und damit Arbeitsplatzchancen haben, sehen sich Kinder in den sogenannten Brennpunktschulen mit Benachteiligungen konfrontiert, die sich über die Schulzeit hinaus negativ auswirken und die Zukunftschancen dieser Kinder massiv einschränken. Und dies nicht zuletzt auch deshalb, weil diese Schulen nicht über finanzstarke Elternvereine oder über die Sponsoren ansprechende Attraktivität verfügen, die Schulen vieles an Ausstattung*

*wie auch an begleitenden Projekten zu finanzieren vermögen, was über die öffentliche Hand nicht geht.*

*Die neue, stärkere Schulautonomie bei der Auswahl von Lehrenden entpuppt sich nun auch als weiter erschwerend, da die Standorte nicht zu den attraktivsten Arbeitsplätzen zählen und sich die DirektorInnen zunehmend schwer dabei tun, geeignetes Personal zu finden. Dabei wären natürlich gerade die besten oder erfahrensten PädagogInnen im Umgang mit herausfordernden Situationen gefragt.*

*Dass die seit heuer eingerichteten Deutschförderklassen mit bis zu 25 SchülerInnen ohne ausreichende Sprachkenntnisse in einer Klasse in keiner Hinsicht diese Problematik aufzulösen im Stande sind, wird mittlerweile auch von Bildungsminister Faßmann eingeräumt, der im Übrigen selbst bereits mehrmals feststellte, dass es insgesamt eine bessere und vor allem gezieltere Unterstützung dieser Schulen bedürfe, um die Chancengleichheit zu verbessern, und zwar eine bessere Unterstützung durch alle Ebenen.*

*Und was Fachleute in diesem Zusammenhang auch immer wieder festhalten: In erster Linie und kurzfristig braucht es natürlich eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung, vor allem kleinere Gruppen- oder Klassengrößen, mehr Unterstützungspersonal; das ist kurzfristig umsetzbar, hat daher auch Priorität. Auf Stadtebene hieße das, die modernsten Räumlichkeiten, genügend Freiflächen und Bewegungsmöglichkeiten, aber auch eine optimale Arbeitsplatzgestaltung für die Lehrenden. Die Schulen könnten in ihrer Attraktivität auch mit besonderen Schwerpunktsetzungen unterstützt werden. Nicht zu vergessen die immer wieder erhobene Forderung, die sogenannten schulautonomen Mittel nicht im Gießkannenmodell auszuschütten, sondern sie zumindest teilweise gleichsam an den jeweiligen Sozialindex der einzelnen Schulstandorte zu knüpfen.*

*Zweitens gilt es aber insgesamt, dem Phänomen „Brennpunktschulen“ – und dabei handelt es sich eben um Schulen mit einem höheren Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in bestimmten Stadtvierteln und mit Kindern aus finanziell schlechter bestellten Familien - entgegenzutreten: Indem etwa der soziale Wohnbau nicht eher auf einzelne Bezirke und Stadtviertel konzentriert wird, sondern sozialer Wohnbau über das gesamte Stadtgebiet hinweg stattfindet.*

*Wenngleich klar ist, dass Bund und Land eine wesentliche Verantwortung haben, diesem Auseinanderdriften im Bildungsbereich entgegenzutreten, sind entsprechende Möglichkeiten jedenfalls auch für die Stadt Graz selbst gegeben.*

*Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den*

***dringlichen Antrag:***

*Alle zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, im Sinne des Motivenberichtes unter Koordination des Bildungsstadtrates an der Ausarbeitung eines „Grazer Bildungspakets“ mitzuwirken, um die Grazer Pflichtschulen gegen das sich im aktuellen Bildungsbericht abzeichnende Auseinanderdriften der Schulstandorte entgegenzuwirken und damit für Chancengerechtigkeit aller Grazer Kinder zu sorgen.*

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Alexandra, mir bleibt eigentlich eh nicht viel anderes übrig, als mich zu bedanken für diesen ausgezeichneten Antrag, der einfach ein sehr, sehr wichtiges Thema anspricht, was, glaube ich, uns allen, die in Graz leben sehr wohl bewusst ist und denen, die Kinder haben, einfach noch mehr bewusst ist, und ich glaube auch, dass das immer weiter auseinanderdriftet sozusagen. Die besseren Schulen und die schlechteren Schulen und das wir da als Stadt sehr, sehr dringend gegensteuernde Maßnahmen ergreifen müssen. Und ich möchte in diesem Zusammenhang auch drauf verweisen, dass wir als Grazer Grüne eh schon lange das

fordern. Also, dass man in Form von einem sogenannten Chancen-Index Schulen mit besonderen Herausforderungen besser ausstattet, um sie eben attraktiver zu machen und eben diesem Auseinanderdriften entgegenzuwirken. Von dem her hoffe ich sehr, dass dein Antrag die Zustimmung findet (*Allgem. Appl.*).

**Vorsitzwechsel – StR<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (16.15 Uhr).**

**StR Hohensinner:**

Ich bin immer dankbar, wenn wir im Gemeinderatssitzungssaal über Bildung diskutieren und die von dir sogenannten „Brennpunktschulen“ müssen wir unterstützen, da sind wir uns absolut einig. Faßmann betont, dass alle Ebenen gefordert sind, auch das kann ich unterstreichen. Ich werde aber auf keinen Fall müde, von den anderen Gebietskörperschaften möglichst viele Ressourcen einzufordern. Da kennt ihr mich, glaube ich, auch schon aus den letzten fünf Jahren. Die von dir angesprochene Deutschförderklassen sind aus meiner Sicht ein notwendiges Konzept, weil die bisherigen Unterstützungsmaßnahmen für zugezogene Kinder nicht das Ziel gebracht haben, die wir uns oder die Ziele, die wir uns gewünscht haben. Klar ist auch, dass die Deutschförderklassen dann funktionieren, wenn sie mit den notwendigen Personalressourcen ausgestattet sind und sie haben einen Bedarf seitens des Bundes, seitens des Bundesministers, aber auch seitens der Bildungslandesrätin. Aber zu dem Punkt haben wir schon einen dringlichen Antrag diskutiert und da waren wir uns auch einig. Aber jetzt zu unserer eigenen Verantwortung. Ich fange einmal an mit dem Wohnbau. Ich habe jetzt auch gerade mit der ehemaligen Wohnungsstadträtin gesprochen und der jetzige Wohnungsstadtrat führt das auch fort und sehr stark, dass wir auch am linken Murufer Gemeindewohnungen errichten. Aber zu glauben, dass wir dadurch die Familien und den Zuzug steuern können, das stimmt so nicht. Das werden wir nicht zusammenbringen. Wir können einen Beitrag leisten und das machen wir auch. Ich verweise nur auf zwei Projekte, Max Mell, das ist dort am Rosenhain und zum



anderen in der Plüddemanngasse. Dort entsteht wirklich ein schöner Gemeindewohnbau (*Allgem. Appl.*). Ein weiterer Punkt, den du angesprochen hast, genügend Bildungsraum, Bewegungsraum und die Lehrerarbeitsplätze. Ich glaube, das GRIPS-1-Paket zeigt eindrucksvoll, dass wir genau auf diesen Zug setzen. Wir haben acht Schulen massiv ausgebaut, zwei Schulen komplett neu gebaut, der Georg Topf kann das bestätigen, wie ich sehe. Wir haben dort zwei Schulen, die genau dort sind, die man als sogenannte Brennpunktschulen auch einstufen könnte, Algersdorf und Brockmann. Aber wenn man an der Schule ist, dann sieht man, dass die Kinder wirklich sehr, sehr gut unterstützt werden. Das schulautonome Budget hast du angesprochen. Das habe ich im letzten Jahr um 20 % angehoben. Das ist, glaube ich, auch nicht nichts. Die Direktoren haben sich da wirklich sehr bedankt und die Schulen, die du ansprichst, die SchulleiterInnen dieser Schulen wissen, wenn sie nicht auskommen, dann können sie immer zu mir kommen und dann werden sie auch für Projekte unterstützt. Ressourcen, wir stellen diesen Schulen zusätzliche Ressourcen bereit, wie z. Bsp. die Schulsozialarbeit habe ich mit der Landesrätin Lackner ausgebaut, damit haben wir auch zusätzliche Schulen, vor allem am rechten Murufer, mit der Schulsozialarbeit ausstatten können und wir sind die einzige Stadt Österreichs, die nicht nur an der Neuen Mittelschule Schulsozialarbeit anbietet, sondern sogar in der Volksschule. Wir haben die Deutschförderung für die Neuen Mittelschulen, wir haben DAZ-Kurse in den Volksschulen auch am Vormittag. Das ist auch mit der Bildungsdirektion ausgemacht, dass wir Zusatzpersonal in den Volksschulen einsetzen können. Wir haben Deutschförderungen in der Nachmittagsbetreuung, wir haben Lesepatinnen und Lesepaten, um die 100, die unterstützen in den Klassen beim Lesenlernen. Und heute aktuell wird vom Bildungsminister das Bildungsinvestitionsgesetz präsentiert. Eine rote Bildungsministerin hat ein Gesetz noch auf Spur gebracht, das uns sehr getroffen hätte. Weil, wenn das Faßmann so weiterforciert hätte, würden wir das Personal nicht mehr gefördert bekommen in der Nachmittagsbetreuung und wir bekommen jetzt wieder 70 % für dieses Personal vom Bund unterstützt und ich hoffe auch auf Bildungslandesrätin Lackner, dass man die restlichen 30 % vom Land unterstützt bekommen (*Allgem. Appl.*). Ihr seht, da haben wir wirklich viele Projekte. Aber warum

können wir nicht den dringlichen Antrag jetzt nicht mit der Dringlichkeit unterstützen? Weil wir das, was du einforderst, eigentlich schon die letzten Jahre gemacht haben. Mein Vorgänger, der Bildungsstadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg hat eine Bildungsstrategie vor etwa sechs Jahren auf die Reise geschickt. Die hat geheißen „Bildung findet statt“, wo wir mit sämtlichen Expertinnen und Experten, mit Leuten, die wirklich in der Schule stehen, im Kindergarten, 70 Bildungsziele uns auferlegt haben, die wir selbst umsetzen konnten, aber auch Ziele, wo wir andere Gebietskörperschaften gebracht haben. Aber genau diese Sachen, die du jetzt ansprichst wie z. Bsp., dass wir die Schulen, die hier betroffen sind, stark ausbauen, dass wir Sprachförderprojekte zusätzlich bereitstellen, genau diese Projekte haben wir uns damals selbst auferlegt. Wir haben eine eigene Abteilung geschaffen in der Keesgasse mit einem IBOBB-Café, wo wir Bildungsabbrecher z. Bsp. beraten und informieren. Wir haben die Bildungsservicestelle eingerichtet, wo die Familien wirklich aus einer Hand alle Services erhalten. Wir haben eben das GRIPS-Paket auf die Reise geschickt und wir haben z. Bsp., und das ist für mich ganz ein wichtiger Punkt, den Teachers-Award gemeinsam mit der Industriellenvereinigung in das Leben gerufen, wo wir Lehrerinnen und Lehrer, Pädagoginnen und Pädagogen, die sich wirklich über das Maß einsetzen, vor den Vorhang holen wollen. Und das ist auch mein Ansatz. Ich glaube, wenn wir eine große Bildungsreform nach der anderen durchfighten und -kämpfen, werden wir wahrscheinlich nicht so viel bewirken können, wie wenn wir einmal wirklich bewusst wieder auf unsere Bildungsarchitekten setzen. Auf die Lehrerinnen und Lehrer, die müssen wir stärken, die sind tagtäglich wirklich damit konfrontiert, dass es immer schwerer wird, unseren Kindern die Grundtechniken der Bildung beizubringen (*Allgem. Appl.*). Es wäre ganz wichtig, wenn wir wieder die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen. Und warum können wir den dringlichen Antrag jetzt nicht unterstützen? Weil wir jetzt die erste Bildungsstrategie abgearbeitet haben und wir haben uns vorgenommen für den Herbst, eine neue Bildungsstrategie in das Leben zu rufen. Da sind sämtliche Leute wieder eingeladen mitzuwirken, auch du, Frau Gemeinderätin, und das ist genau das, was du einforderst. Deswegen bitte ich dich, dass du einfach in

den fahrenden Zug einsteigst. Du bist herzlich eingeladen und wir werden gemeinsam etwas für unsere Kinder in Graz weiterbringen. Danke (*Allgem. Appl.*).

**Vorsitzwechsel – StR Hohensinner übernimmt den Vorsitz (16.23 Uhr).**

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Eine Bitte eigentlich und das ist Geschäftsordnung, weil sehr befürwortende und unterstützende Worte jetzt nicht nur von der Antragstellerin und wir werden der Dringlichkeit selbstverständlich zustimmen und auch dem Inhalt. Aber ich würde bitten, gerade, wenn es darum geht, eine Wertschätzung gegenüber den Kindern und auch den Lehrenden zu zeigen, allen unseren Schulen, dass man das Wort „Brennpunktschule“ aus dem Sprachschatz streicht. Egal, ob in Wortmeldungen oder auch in Anträgen (*Allgem. Appl.*), weil wir alle wollen das nicht. Es ist jedes Kind gleich und wir wollen unsere Lehrenden unterstützen, darum würde ich bitten.

**StR Hohensinner:**

Da bin ich ganz bei dir und wenn du meinen Ausführungen zugehört hast, ich habe gesagt, wie von der Antragstellerin genannten. Ich bin bei dir, weil dann stigmatisiert man usw. usf. Also das halte ich für eine ganz kluge Idee, also ich werde das zukünftig auch weiterhin so machen.

**Marak-Fischer:**

Danke für die Wortmeldungen. Mir war klar, dass du jetzt einige Maßnahmen aufzählst, ich habe es auch erwähnt, dass bereits einiges in dieser Stadt passiert. Ich möchte aber jetzt noch einmal das sagen, was ich beim vorletzten Antrag schon zum Kollegen Piffli-Percevic gesagt habe, Input ist das eine, aber Output ist das andere und

soll das jetzt ernsthaft heißen, dass alles in bester Ordnung ist? Ja, es passiert vieles, wird viel gemacht, aber wollen wir uns hier wirklich soweit in das Fäustchen lügen, um zu sagen, es ist alles in bester Ordnung? Dann schauen wir uns doch einfach einmal die Ergebnisse an, z. Bsp. eine Messzahl, wenn auch natürlich nur eine und die um Gottes Willen nicht alles abdeckt. Aber eine Zahl ist z. Bsp. es gibt Schulen, wo 100 % der Kinder nach der Volksschule in das Gymnasium wechseln und es gibt Schulen, wo nahezu null Prozent nach der Volksschule in das Gymnasium wechseln und sicher nicht, weil die Kinder unbegabter sind (*Appl.*). Ganz sicher nicht, weil die Kinder unbegabter sind, sondern weil die Bedingungen unterschiedliche sind und weil diese Schüler und Schülerinnen leider benachteiligt sind und nicht die optimalen Bedingungen vorfinden. Du hast selbst z. Bsp., und ich habe das gut gefunden, bei der Liste der Aufnahmekriterien in die Pflichtschulen das Kriterium „Deutsch als andere Muttersprache“ mitaufgenommen und gesagt, du zielst darauf ab, dass in etwa in allen Schulen ein gleich hoher Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache ist. Das hast du dir damals als Ziel gesetzt, das ist auch in diesen Aufnahmekriterien mitangeführt worden. Mich würde da wirklich auch interessieren, aber das an anderer Stelle werde ich das vermutlich einmal fragen, wie ist die Evaluierung? Was hat das gebracht? Ist das vielleicht genug oder ist es zuwenig? Braucht es noch mehr Maßnahmen, um die Kinder zu motivieren, auch in andere Schulen und in andere Standorte z. Bsp. zu gehen? Das nur auch noch einmal so dazu. Also aus meiner Sicht schauen wir bitte nicht auf den Input, schauen wir nicht, was alles schon gemacht wurde, schauen wir, wie die Situation ist und da ist es aus meiner Sicht noch viel zuwenig und wir müssen noch viel mehr Bemühungen und da würde ich mir mit Zustimmung zu diesem Antrag einfach ein gemeinsames Bekenntnis des Gemeinderates über alle Fraktionen hinweg wünschen oder hätte ich es mir gewünscht, weil die Mehrheiten sich jetzt eh nicht abzeichnen. Dass es hier ein gemeinsames Bekenntnis dazu gibt und wenn das nicht der Fall ist, dann freue ich mich zumindest auf die Diskussionen und die Arbeit im Herbst, wo ich mich selbstverständlich dann gerne einbringen werde. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

**StR Hohensinner:**

Ich muss mir jetzt kurz selbst das Wort erteilen zur tatsächlichen Berichtigung, wenn ich das so machen darf. Nur Input? Wir haben uns 70 Bildungsziele vorgenommen, 68 in etwa haben wir umsetzen können. Du kannst gerne einmal zu mir kommen, dann werde ich dir alle 68 skizzieren und die zwei, die wir nicht geschafft haben, sind, glaube ich, bundes- oder landesabhängig. Und es ist nicht alles gut, das habe ich nicht gesagt. Deswegen gibt es auch eine Bildungsstrategie 2 (*Allgem. Appl.*).

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ und Neos) abgelehnt.***

**9.8 Plabutschgondel - Fakten auf den Tisch! Machbarkeitsstudie veröffentlichen!  
(GR Swatek, Neos)**

**GR Swatek:**

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehergalerie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf heute, unterstützt durch alle Oppositionsfraktionen, also die KPÖ, Grüne und SPÖ, einen Antrag einbringen bezüglich der Plabutschgondel. Um genau zu sein, geht es um die Machbarkeitsstudie. Eine Machbarkeitsstudie, die vom Gemeinderat 2017 beschlossen wurde mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ und die uns 500.000 Euro gekostet hat. Eine Machbarkeitsstudie rund um die Plabutschgondel und das Gebiet Plabutsch. Eine Machbarkeitsstudie, die seit dem Sommer 2018 fertig ist und wie medial verkündet wurde, eine Kostenschätzung für die Plabutschgondel beinhaltete mit rund 25 Millionen Euro. Wenige Monate später, wie wir wissen, sind bei der Plabutschgondel bereits 40 Millionen Euro und das Schlimme an der ganzen Sache ist, die Machbarkeitsstudie zur Plabutschgondel ist noch immer nicht veröffentlicht bzw. zugänglich. Zum einen finde ich das sehr undemokratisch, weil sie auch für uns Gemeinderäte und Gemeinderätinnen nicht zugänglich ist, aber hier stetig

im Gemeinderat weitere Anträge rund zur Plabutschgondel gefordert werden. Und ich finde es einfach mehr als undemokratisch, Gemeinderäte in einem Gremium zur Abstimmung zu bringen, ohne die Fakten auf den Tisch zu legen. Und zum anderen halte ich es für undemokratisch, weil auch die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf haben, nachzuvollziehen, wie Entscheidungen getroffen werden. Und weil auch die Bürgerinnen und Bürger vor allem ein Recht darauf haben zu erfahren, was in der Studie drinnen steht, weil sie sie finanziert haben, weil sie für die Plabutschgondel zahlen werden, weil sie natürlich auch das Risiko tragen, wenn da irgendetwas nicht ganz rund abläuft. Und genau deswegen bin ich der Meinung, dass diese Studie endlich aus den Schubladen heraus sollte, dass sie endlich veröffentlicht werden sollte, dass die Bürgerinnen und Bürger endlich Zugang zu dieser Machbarkeitsstudie bekommen sollten, genauso wie wir Gemeinderäte auch. Es wird also endlich Zeit, Licht ins Dunkel zu bringen und die Machbarkeitsstudie zu veröffentlichen. Und ich habe deswegen heute diesen dringlichen Antrag da, der auch interessanterweise, und das ist auch so eine Eigenheit und eigentlich auch etwas Undemokratisches, eine Petition an unser eigenes Unternehmen ist, eine Petition an die Holding ist, in der wir an sie herantreten, dass sie uns doch bitte, den Bürgerinnen und Bürgern, bitte die Machbarkeitsstudie veröffentlichen. Und das ist halt auch ein eindeutiges Signal, wie transparent eigentlich die Holding ist und dass wir Gemeinderäte an diesem großen Rädchen eigentlich schon wurscht sind. Und genau deswegen stelle ich den

**dringlichen Antrag,**

dass Bürgermeister Siegfried Nagl ersucht wird, an die Holding Graz heranzutreten, um eine Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie zur Plabutschgondel zu erwirken. Dem Gemeinderat ist in der Mai-Sitzung Bericht zu erstatten. Ich bitte um die Annahme (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Im September 2017 beschloss der Grazer Gemeinderat mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ die Freigabe von € 500.000,-- für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie rund um das Naherholungsgebiet Plabutsch samt Gondel. Im Sommer 2018 gelangten die ersten Informationen über diese Studie samt der ersten Kostenschätzung in Höhe von 25 Millionen Euro ans Licht. In nur wenigen Monaten stiegen die vermeintlichen Kosten für die Plabutschgondel auf die heute bekannten knapp 40 Millionen Euro.*

*Weder für uns Gemeinderäte noch für die Bürgerinnen und Bürger ist diese Kostenexplosion auf Grundlage von Fakten nachvollziehbar. Denn statt Zahlen und Fakten legte die schwarz-blaue Stadtregierung den Grazerinnen und Grazern nur aufpolierte Werbevideos und -fotos vor. Die Machbarkeitsstudie und damit alle Fakten zur Gondel halten Schwarz-Blau in ihren Schubladen unter Verschluss.*

*Doch gerade in Zeiten von Fakenews müsste ein verantwortungsvoller Bürgermeister mit größtmöglicher Transparenz und Nachvollziehbarkeit vorgehen und Zahlen, Daten und Fakten zu Großprojekten für Bürgerinnen und Bürger zugänglich machen. Nicht nur weil die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Steuergeld Projekte und Studien finanzieren, sondern auch weil sie das Recht haben, sich auf Grundlage von Fakten ihre eigene Meinung zu bilden bzw. um nachvollziehen zu können, auf welcher Grundlage Entscheidungen in unserer Stadt getroffen werden. Es ist daher längst an der Zeit, Licht ins Dunkel rund um die Plabutschgondel zu bringen. Die Machbarkeitsstudie muss den Bürgerinnen und Bürgern endlich zugänglich gemacht werden.*

<https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5441340/Seilbahn-fuer-Graz-Plabutsch-Studie-erteilt-der-Seilbahn-nun>

*Im Sinne einer transparenten Stadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern Einblick in Entscheidungsprozesse gewährt und aktiv miteinbezieht, stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den dringlichen Antrag:*

*Bürgermeister Siegfried Nagl wird ersucht, an die Holding Graz heranzutreten, um eine Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie zur Plabutschgondel zu erwirken. Dem Gemeinderat ist in der Mai-Sitzung 2019 Bericht zu erstatten.*

**GR<sup>in</sup> Ribo:**

Liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese mysteriöse unter Verschluss gehaltene Studie beschäftigt uns ja schon länger. Irgendwie werden wir nicht daraus schlau (*lacht*). 500.000 Euro werden für diese Studie ausgegeben. Und hat mir z. Bsp. heute der Kollege Frölich im Finanzausschuss gesagt, dass 500.000 Euro bei ganz großen Investitionen gar nicht so viel Geld sind. Ich sehe das natürlich anders und viele Grazerinnen und Grazer sehen das auch anders, hoffe ich doch. Es ist extrem viel Geld, vor allem, wenn es für etwas eingesetzt wird, dessen Output man uns mit Absicht nicht zeigt. Ich verstehe das nicht, wieso man eine Studie, die mit dem Geld der Grazerinnen und Grazer finanziert wird, den Grazerinnen und Grazer nicht zeigen möchte. Ich verstehe es nicht. Dann kommt es ja von der Koalition, ja ihr werft uns das vor und das und das. Ich meine im Bereich aus der Kontrollsicht gab es in der Vergangenheit genug, also da ist die Liste wirklich nicht klein, genug Anlässe, wo man schon sagen muss, ihr habt es nicht so ernst mit der Kontrolle genommen, also dass wir da ein bisschen zweifeln, ob da alles so ist, wie es sein soll, das müsst ihr schon verstehen. Ich sage jetzt nur E-Mobility, verschwundenes Boot, bestimmte Agentur, die keine Leistungen erbringen, aber an die trotzdem bezahlt wird, also unsere Skepsis müsst ihr schon ein bisschen verstehen, ganz ehrlich, weil es ist ja nicht so, dass wir uns das einfach so aussuchen.

*Laute und unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*



**Ribo:**

Etwas Ruhe bitte (*StR Hohensinner betätigt die Ordnungsglocke*).

Und damit es in Zukunft nicht wieder zu so einer Geschichte kommt wie Olympia. Ja, ihr habt es jetzt verhindert und jetzt sagt ihr uns, wie viel Geld dort reingeflossen ist. Ich meine dann, veröffentlicht doch die Studie, damit eventuell dort Unterlagen oder Fakten drinnen, wo es so ist, dass man eine Volksbefragung gleich machen könnte. Wir würden uns vieles gegenseitiges Vorwerfen ersparen und die Grazerinnen und Grazer würden sich auch viele Kosten ersparen, deswegen, wie gesagt, kein Verständnis dafür, dass diese Studie nicht öffentlich gemacht wird. Manchmal denke ich mir, gibt es die Studie überhaupt (*lacht*)? Weil damals ist das Geld für das Boot auch geflossen, aber das Boot wurde nie gefunden. Also, danke (*Allgem. Appl.*).

**GR Eber:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Kurt. Wir haben heute, und die Bedrana hat es auch soeben angesprochen, ja auch schon über Olympia etwas diskutiert. Da ist eigentlich die Schlussfolgerung gewesen, naja, jetzt haben wir schon so viel Geld ausgegeben und dann kommt das leider nicht. Also eigentlich wäre es sinnvoll, wenn man Olympische Spiele doch auf alle Fälle machen würden und Ähnliches ... (*Allgem. Appl.*).

*Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

**GR Eber:**

Ich habe nur zitiert (*lacht*) und Ähnliches droht eigentlich ja da genauso. Wir haben eine Machbarkeitsstudie, die schon 500.000 Euro gekostet hat. Wir haben weitere 500.000 sozusagen freigegeben für Planungen, Detailplanungen, Ausschreibungen usw. und für Abwicklung der Verfahren und wenn es dann so weit ist, dass dann die

Volksbefragung kommen soll nächstes Jahr, dann wird es wahrscheinlich auch heißen, naja jetzt haben wir so viel Geld ausgegeben, das werden wir doch bitte nicht irgendwie abschreiben wollen oder müssen. Diese Gefahr also sehe ich tatsächlich und in dem Zusammenhang Olympische Spiele und Plabutsch ist mir noch etwas untergekommen, nämlich ein Zeitungsartikel in der Ennstaler Zeitung. Dort wird zu meiner Verwunderung festgestellt, dass dort, wie der Klaus Frölich richtig sagt (*lacht*), auch sogar zwei Seilbahnen gibt, die jetzt zusammengeschlossen werden sollen und gedacht ist daran, dass der ehemalige Schladminger Bürgermeister Winter, den wir ja auch von der Olympia-Diskussion sehr gut kennen, Geschäftsführer werden soll. Jetzt ist es allerdings so, dass ihm die einschlägige Berufserfahrung fehlt im Seilbahngeschäft und, siehe da, zumindest in der Ennstaler Zeitung wird das so kolportiert, dass der Herr Winter bestimmte Erfahrungen hier in Graz sammeln soll bei der Plabutsch-Seilbahn. Warum das so ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

*Zwischenruf GR Piffel-Percevic: Super, so tolle Leute brauchen wir.*

**Eber:**

Lieber Niko Swatek, danke für deinen Antrag. Aber ich fürchte, heute ist ein ganz schlechter Tag, um da die richtige Antwort zu bekommen. Denn, wie die Wiener Zeitung schreibt, heute ist der Internationale Tag der Unsichtbarkeit und, ich glaube auch, die Machbarkeitsstudie wird heute nicht sichtbar werden. Dankeschön (*Lachen im Gemeinderatssaal, allgem. Appl.*).

**Ehmann:**

Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen, Kollegen der Stadtregierung, KollegInnen im Gemeinderat, Gäste auf der Galerie, lieber Antragsteller Niko. Danke für diesen Antrag, der meiner Meinung nach tatsächlich wichtig ist. Weil worum geht es? Es geht

darum, Fakten auf den Tisch und nicht Fakten schaffen, weil sonst kommt genau das raus, was die Befürchtung ist. Wir haben schon so viel in den Projektphasen etc. bis zu Ausschreibungen, wo dann schon quasi Wettbewerbe stattfinden, wie soeben Bergstation, Talstation, was auch immer ausschauen. Das geht schon sehr weit im Detail, wo dann natürlich schon sehr viel Geld schon ausgegeben ist und wo dann berechtigt Bürgerinnen und Bürger sagen, naja, jetzt haben wir schon so viel ausgegeben, jetzt werden wir das nicht einstampfen das Projekt. Also deshalb glaube ich, geht es eben darum, eben Fakten auf den Tisch, statt sie zu schaffen. Und da für Transparenz zu sorgen, dass man sagt, ja, wenn es eine Studie gibt, die muss man sich dann anschauen und zur Verfügung stellen und auch hier diskutieren möglicherweise und selbstverständlich auch Bürgerinnen und Bürger sichtbar machen. Aber die Chuzpe ist schon heute oder eigentlich ist es echt absurd, dass ein Dringlichkeitsantrag notwendig ist, der an den Bürgermeister gerichtet ist in letzter Konsequenz. Der Bürgermeister soll an die Holding herantreten, die übrigens mit 99,84 % im Eigentum der Stadt sich befindet und 0,16 % bei der GBG. Und wenn ich mir die Prüflandkarte anschau des Stadtrechnungshofes, wie viele weiße Flecken es da gibt und auch im Holding-Bereich, sei es Energie Graz, Bestattung, was auch immer, wo kein rechtlich verankertes explizites Kontrollrecht bestehend ist, ja dann muss ich mich schon fragen, wenn ich mich solcher Mittel schon quasi bedienen muss, dass ich sage, ich stelle einen Dringlichkeitsantrag in Form einer Petition an den Bürgermeister, dass ich überhaupt zu der Studie komme, die im eigenen Haus quasi, im Haus Graz, also jetzt in dem Fall in der Holding, aufliegt und uns nicht sichtbar gemacht wird, weil die Holding sagt, der Gemeinderat kann so in dieser Form gar nicht herantreten an sie, sondern das muss in einer anderen Form passieren, weil das formell sonst falsch ist. Also nicht böse sein, das ist wirklich ein Bürgerstreich per excellence. Aber man muss sich offensichtlich solcher Mittel behelfen und daher glaube ich, wäre es auch vernünftig, hier zuzustimmen der Dringlichkeit als auch dem Inhalt, dass man hier endlich das aufzeigen kann, was das bringt oder was jetzt in dieser Machbarkeitsstudie, so es sie gibt, wie Kollegin Ribo gesagt hat, quasi auch aufgezeichnet ist (*Allgem Appl.*).

**Hötzl:**

Niko, wenn ich mir deinen, also nicht nur den Antrag, wenn ich mir oft deine Initiativen durchlese, du hast ein bisschen eine eigene Sprache entwickelt da herinnen. Du bist noch nicht lange da. Ich weiß nicht, ob du alles inzwischen so kennengelernt hast, dass du das auch so beurteilen kannst. Du schreibst von Kostenexplosion und du schreibst, es ist unter Verschluss. Du redest von fake news, Licht ins Dunkel rund um die Plabutschgondel. Also entweder bist du so frustriert, dass du alles so negativ siehst (*Lachen im Gemeinderatssaal*) oder aber ...

*Undeutlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.*

**Hötzl:**

Naja, die Hoffnung stirbt zuletzt, wie wir wissen. Ich finde deinen Umgangston ein bisschen mutig, wie du das alles formulierst. Die Bedrana Ribo, kann ich eigentlich nur fortsetzen, auch im Finanzausschuss, wenn du zu Wortmeldungen oft zu Themen sprichst, die dir halt nicht so an den Kragen passen, kommt halt auch so etwas wie „ihr nehmt es nicht so ernst mit Kontrolle“. Ich glaube, gerade die Stadt Graz nimmt es sehr ernst mit der Kontrolle. Wir leisten uns einen, oder wir haben das tolle Instrument eines Kontrollausschusses usw. Also, ich glaube, gerade die Stadt Graz nimmt das sehr ernst mit der Kontrolle. Also, wie gesagt, wie du vielleicht auch weißt, lieber Niko, die Regierung oder die Koalition startet hier gerade einen direktdemokratiepolitischen Prozess, dass man eben letztendlich das Volk oder die Bürger befragen will und da werden jetzt eben Informationen und Fakten gesammelt. Es gibt noch kein komplettes Konzept, keine komplette Machbarkeitsstudie, die man herausgeben kann. Es gibt Teile davon, die man für sich vielleicht bewusst oder unbewusst, ich will weder dir noch den Grünen, noch den Roten hier oder auch der KPÖ etwas unterstellen, dass man da was fehlinterpretieren könnte oder möchte vielleicht sogar. Aber das würde eben dazu verleiten und deshalb wird das gute Gründe haben, warum man diese

Fakten erst einmal sammeln will und erst dann an die Bevölkerung treten will und wirklich mit einem Komplettkonzept hergehen will. Und eines noch, der Manfred Eber hat es, glaube ich, gesagt, heute ist der Tag der Unsichtbarkeit. Die politischen Tarnkappenträger seids aber ihr in dieser Beziehung, weil ihr die politischen Ideen, die ihr leider gar nicht habt, die kommen bei der Bevölkerung gar nicht an und somit seid ihr komplett unsichtbar (*Allgem. Appl.*).

**Frölich:**

Herr Stadtrat, Kolleginnen und Kollegen. Eine Machbarkeitsstudie ist, wenn es Sie interessiert, eine erweiterte Machbarkeitsprüfung in technischer Hinsicht, in wirtschaftlicher, aber durchaus auch in rechtlicher Hinsicht. Wenn man sich bei der Holding erkundigt und wenn man mit den zuständigen Leuten spricht, dann wird man erfahren, dass es eine Machbarkeitsstudie in dem Sinne, wie von Niko Swatek, wie sie hier sozusagen gefordert wird, auf den Tisch damit, schlicht und ergreifend noch nicht gibt. Es gibt einzelne noch nicht endgültige Untersuchungen. Es gibt Teilüberlegungen, wie das die Opposition ja so gerne tut, völlig aus dem Zusammenhang gerissen, die dann an die Öffentlichkeit getragen werden würden. Ich halte es zum Schutz unserer Unternehmen und unserer politischen Verantwortung für immens wichtig, dass wir diesen Stil, der da von KPÖ, aber auch von den Grünen gepflegt wird, dass man mit 100.00 Euro falschspielt, dass man unappetitliche Zahlenspiele veröffentlicht, dass man, wie Bedrana Ribo heute, sich fünfmal hier heraußen hinstellt, Empörungsbeauftragte spielt und in der Sache selbst nahezu nichts sagt. Zu jedem Thema wird eine Schlammschlacht entzündet von dir. Jetzt hast du auch schon in den Ausschüssen damit begonnen, bis ins Persönliche bis schwer unter die Gürtellinie (*Allgem. Appl.*). Das weise ich hier einmal ganz klar zurück, Bedrana. Komme wieder zurück auf den Boden der Sachlichkeit, das würde helfen. Es gibt Teilüberlegungen, es gibt Expertengruppen, die sich damit befassen und diese Experten sagen einem ganz eindeutig, Achtung, unsere Überlegungen sind dann erst seriös und zu veröffentlichen, wenn eine Machbarkeitsstudie im klassischen Sinn, nämlich nach den Beschreibungen,

die ich anfänglich erwähnt habe, fertig ist. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Diskussion rund um das Schweizer Modell, wo es darum ging zu sagen, wann wird man denn eine Volksbefragung machen? Meine Damen und Herren, die macht man dann, wenn man seriöse Fakten auf dem Tisch liegen hat, die dann der Politik, der Bevölkerung, den Befragten helfen, eine Entscheidung zu treffen. Das interessiert Sie überhaupt nicht. Da spielt die Oppositionsrolle viel zu stark in Ihre Argumentationslinien hinein. Leider auch zum Schaden unserer Unternehmen. Da wird einfach darüber hinweggeschaut, was alles passiert, wenn man mit falschen Zahlen an die Öffentlichkeit geht. Es gibt nach meinen Informationen aus der Holding keine fertige Machbarkeitsstudie, die veröffentlichbar ist. Daher gibt es auch in keiner Lade von irgendwem irgendwelche geheimen Daten.

*Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.*

**Frölich:**

Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis, wir können daher auch der Dringlichkeit so eines Antrages und dem Inhalt nicht zustimmen. Danke (*Allgem. Appl.*).

**StR Hohensinner:**

Gratuliere, das war eine Punktladung, präzise (*lacht*) die Redezeit eingehalten.

**Swatek:**

Vielen Dank an die, die den Antrag unterstützen. Ich möchte mit ein paar Informationen, die hier so durch den Raum fliegen, ein wenig aufräumen. Also erstens gibt es eine Machbarkeitsstudie oder gibt es sie nicht? Das werde ich in zwei kleinen Punkten beantworten. Das Erste, wenn es sie nicht geben würde, warum gibt es dann

Zeitungsartikel, die von euch aus herausgegangen sind, in denen ihr schon die Kosten herausposaunt habt? (*Allgem. Appl.*)? Wenn es sie nicht gibt, warum kauft ihr und kauft Grundstücke, ohne seriöse Fakten jetzt schon? Das ist doch fahrlässig (*Allgem. Appl.*).

Wenn es sie nicht gibt, warum beantwortet der Bürgermeister eine Anfrage von mir, ob er die Machbarkeitsstudie veröffentlicht, dann nicht einfach mit „Nein, die gibt es nicht“, sondern, und daraus möchte ich jetzt zitieren, denn ich habe das vor kurzem bekommen, „um den Behördenentscheidungen nicht vorzugreifen und diese durch eine Diskussion in der Öffentlichkeit womöglich zu beeinflussen“, da muss ich einmal runterschlucken, „kann aus heutiger Sicht keine Detailsicht zu den vorliegenden Unterlagen gegeben werden“. Also bitte, da hat man eindeutig Angst vor den Fakten und möchte die Machbarkeitsstudie nicht veröffentlichen (*Allgem. Appl.*).

*Zwischenruf GR Frölich: Das ist undifferenziert.*

**Swatek:**

Und abschließend noch an die FPÖ, die hier wohl ein kleines Problem mit gewissen Wordings hat. Wenn man mit 25 Millionen Euro zur Presse geht und das verkündet und nur wenige Monate später vor 40 Millionen Euro steht, also 15 Millionen Euro auf ein 25-Millionen-Euro-Projekt draufgepackt hat, wie nennt ihr das bitte? Kleine mathematische Verrechnung, was weiß ich? Natürlich ist das eine Kostenexplosion und genau damit das nicht weitergeht, muss endlich die Machbarkeitsstudie auf den Tisch, müssen die Fakten auf den Tisch, denn nur dann können die Bürgerinnen und Bürger sich auch sicher sein, dass in diesem Haus richtig gehandelt wird, alles andere ist, ehrlich gesagt, diesem Haus unwürdig (*Allgem. Appl.*).

**Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.50 Uhr).**

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Neos, KPÖ, Grüne, SPÖ) abgelehnt.***

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Damit haben wir die dringlichen Anträge erledigt. Ich bedanke mich bei allen Besuchern, die auf der Zuschauergalerie sind. Wir kommen zum nicht öffentlichen Teil und ich darf einen schönen Abend wünschen. Allerdings gibt es die Möglichkeit, bei einer Sitzung, die ab 18.00 Uhr stattfinden wird, wieder anwesend sein zu können. Danke und auf Wiedersehen.